

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke dem Herrn Minister. Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Wenn ich das Plenum richtig verstanden habe, wollen Sie dem Berichtsantrag heute zustimmen und den anderen Antrag überweisen. Dann schlage ich vor, den Antrag Drucksache 16/2025 - das ist der Berichtsantrag zur 35. Tagung - abweichend von der Geschäftsordnung nach § 75 der Geschäftsordnung zu einem selbstständigen Antrag zu erklären. - Widerspruch sehe ich nicht. Dann können wir so verfahren. - Wer diesem Berichtsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das haben fast alle getan, dann ist das so beschlossen.

Dann gibt es den Wunsch auf Ausschussüberweisung. Es ist beantragt worden, den Antrag Drucksache 16/2000 (neu) dem Umwelt- und Agrarausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist so beschlossen.

Bevor ich Sie in die Mittagspause entlasse, möchte ich einen geschäftsleitenden Hinweis machen. Die Parlamentarischen Geschäftsführer haben sich darauf geeinigt, dass die Tagesordnungspunkte 34 und 35 gemeinsam zur Beratung aufgerufen werden sollen, und zwar um circa 16:30 Uhr. Wir würden dann für die Tagesordnungspunkte ein bisschen mehr Zeit, wir haben da an sieben Minuten gedacht, verwenden. Es geht um 15 Uhr verabredungsgemäß weiter mit den Tagesordnungspunkten 38 und 53, Kohlestrom/Neubau von Kohlekraftwerken in Schleswig-Holstein.

Die Sitzung ist unterbrochen.

(Unterbrechung: 12:57 bis 15:02 Uhr)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Meine Damen und Herren! Ich eröffne die Sitzung wieder und rufe die Tagesordnungspunkte 38 und 53 zur gemeinsamen Beratung auf.

Gemeinsame Beratung**a) Abschied vom Kohlestrom**

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

[Drucksache 16/2017](#)

b) Neubau von Kohlekraftwerken in Schleswig-Holstein verhindern

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

[Drucksache 16/1378](#)

Antrag der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 16/1396](#)

Bericht und Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses

[Drucksache 16/1982](#)

Ich erteile dem Berichterstatter des Wirtschaftsausschusses, dem Herrn Abgeordneten Hans-Jörn Arp, das Wort.

Hans-Jörn Arp [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! Durch Plenarbeschluss vom 11. Mai 2007 wurden die Anträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW mit der Forderung „Neubau von Kohlekraftwerken in Schleswig-Holstein verhindern“ - das sind die Drucksachen 16/1378 und 16/1396 - federführend an den Wirtschaftsausschuss und mitberatend an den Umwelt- und Agrarausschuss überwiesen. Die Ausschüsse haben sich jeweils in mehreren Sitzungen mit den Vorlagen befasst.

Nachdem der Landtag auf Empfehlung der Ausschüsse aus dem Antrag der Abgeordneten des SSW - das ist Drucksache 16/1396 - bereits in der Nummer 3 den zweiten Spiegelstrich angenommen hatte und als Ergebnis daraus resultierend in der 26. Tagung des Landtages ein Bericht der Landesregierung vorgelegt wurde, mit welchen Initiativen zur Änderung von planungsrechtlichen und gesetzlichen Grundlagen sowie mit welchen Fördermaßnahmen die Landesregierung dafür sorgen will, dass die langfristige Umstellung auf erneuerbare Energien gelingen kann, habe ich dem Hohen Haus im Namen des federführenden Wirtschaftsausschusses heute vorzuschlagen - dieses Votum wurde einstimmig gefasst -, die Nummern 1, 2 und 3 erster Spiegelstrich der Drucksache 16/1396 abzulehnen.

Zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 16/1378, sprach der federführende Wirtschaftsausschuss mit Mehrheit die Empfehlung aus, die Vorlage abzulehnen.

(Hans-Jörn Arp)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte, der Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses, Drucksache 16/1982, zu folgen.

(Beifall des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke dem Herrn Berichterstatter. - Gibt es Wortmeldungen zum Bericht? - Das ist nicht der Fall.

Bevor wir in die Aussprache eintreten, möchte ich sehr herzlich auf unserer Besuchertribüne die Hausfrauenunion aus Erfde begrüßen. Des Weiteren darf ich sehr herzlich den früheren Staatssekretär Voigt begrüßen. - Seien Sie uns recht herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die antragstellende Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Herrn Abgeordneten Detlef Matthiessen das Wort.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit dem **Neubau** von großen **Kohlekraftwerken** erhöhen wir die Treibhausgasemissionen, statt sie zu senken. „Klimaschutz - Nein danke!“ ist das Motto dieser Landesregierung. Die von der Bundesregierung beschlossene Reduzierung der CO₂-Emissionen um 40 % bis 2020 und um 80 % bis 2050 kann nur erreicht werden, wenn keine neuen Kohlekraftwerke gebaut werden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Am 21. Dezember 2006 unterzeichnete Wirtschaftsminister Austermann einen **Optionsvertrag** mit der **SüdWestStrom GmbH**. Der Landtag stimmte der Veräußerung des landeseigenen Grundstückes mit Mehrheit zu. Inzwischen wird diese Entscheidung immer deutlicher als Fehler erkannt. Diese Erkenntnis fand daher auch ihren Niederschlag in Parteitagsbeschlüssen der SPD, die hier in Landtag und Regierung die Kohlestrategie ungebrochen mitträgt. Allerdings tut sie dies mit komplizierteren Argumenten als die CDU, weil die SPD in der Koalitionsfalle sitzt.

(Minister Dr. Christian von Boetticher: Hamburg!)

Die CDU hingegen schaltet völlig auf Durchzug. Ich fordere Sie auf: Reden Sie mit Ihren SPD-Kollegen. Revidieren Sie den Beschluss der Großen Koalition! Sie schneiden uns nämlich mit der Technik von gestern auch technologiepolitisch von den doch überdeutlich erkennbaren Wegen der Zukunft ab.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Zukunft, meine Damen und Herren, gehört nicht der Nutzung zu Ende gehender Energieresourcen. Die Zukunft gehört der physikalischen Erschließung der **Sonnenkraft**. Meine Damen und Herren, hören Sie nicht auf die Einflüsterungen der Energieversorger und Großkonzerne! Wenn Sie schon nicht mit uns reden wollen, wenn Sie auch nicht mit der SPD reden wollen, dann hören Sie doch wenigstens auf unsere Wissenschaftler hier im Land. Hören Sie auf den Klimaforscher Latif oder auf Professor Olav Hohmeyer, den Nobelpreisträger. Unterhalten Sie sich doch einmal mit der Seite.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, brauchen wir Kohlestrom? Ist die schnell dahergeredete Formel, ein Ausstieg aus Kohle und Atom sei nicht möglich, richtig?

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Herr Matthiessen, das haben wir gerade letzte Woche einen ganzen Tag lang getan! - Wortmeldung des Abgeordneten Hans-Jörn Arp [CDU])

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Erlauben Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten - -

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Nein, ich habe keine Zeit.

Brauchen wir zentrale große Kondensationskraftwerke mit schlechtem Wirkungsgrad? - Mehr als die Hälfte des eingesetzten Brennstoffes geht verloren. Das ist Technik von gestern. Auf der **Hannover Messe** - ich war dort letzten Dienstag - konnte man sich zahlreiche Neuentwicklungen anschauen, so beispielsweise den **Lineargenerator** der Firma OTAG mit einem **Gesamtwirkungsgrad** von über 94 %. Es kommt nur zu 6 % Energieverlust, meine Damen und Herren. Das ist Technik von heute. Das sind deutsche Firmen, die auf dem Weltmarkt agieren wollen. Sie hingegen setzen auf diese Dinosauriertechnik. Das ist für mich unbegreiflich.

(Detlef Matthiessen)

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Weshalb sollen wir von Kohle reden? - Wir leben in einem Land, in dem nur 12 % in **Kraft-Wärme-Kopplung** erzeugt wird. In Dänemark sind es 65 %. Das liegt nicht an der Physik, sondern das liegt an den **energiewirtschaftlichen Rahmenbedingungen**.

Allein der Ersatz der 30 Millionen Umwälzpumpen in Deutschland durch effiziente neue Pumpen würde dazu führen, dass man auf den Neubau von drei KohlegröÙkraftwerken verzichten könnte.

Warum reden wir eigentlich über Kohle? - Schleswig-Holstein ist schon heute Stromexporteur. Diese Position würde durch den Bau von **Offshore-Windkraftanlagen** ausgebaut.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die durch die Stromerzeugung bedingten CO₂-Emissionen in Schleswig-Holstein würden sich von heute 6,7 Millionen t auf 24,7 Millionen t mehr als verdreifachen.

Es werden nur vergleichsweise wenig Dauerarbeitsplätze entstehen. Die SüdWestStrom GmbH hat inzwischen erreicht, dass sich die Schleswiger Stadtwerke an dem geplanten **Kohlekraftwerk in Brunshüttel** beteiligen. Das hat die Ratsversammlung am 14. April 2008 dort beschlossen. Mir ist allerdings nicht bekannt, ob es weitere Partner aus dem norddeutschen Raum gibt. Es ist also klar: Die große Masse des erzeugten Stroms wäre weiterhin für **Süddeutschland** bestimmt.

Meine Damen und Herren, die **Bevölkerung** in der Nähe der Großkraftwerke befürchtet erhebliche **Gesundheitsgefahren** und eine Schadstoffbelastung der in der Landwirtschaft genutzten Böden, weil unter anderem nicht die best verfügbare Filtertechnik vorgesehen ist.

(Minister Dr. Christian von Boetticher: Was? - Gelogen!)

Eine **CO₂-Abscheidung** - CCS - im großtechnischen Maßstab ist nicht in Sicht. Wir wissen, Herr Umweltminister, dass die Formel stets lautet: Pro Kubikmeter sind soundsoviel Milligramm Emissionen erlaubt. - Angesichts der Menge an Kubikmetern, die ausgestoßen werden, addiert es sich hier in Kiel beispielsweise auf über 1.000 t **Feinstaub** und dieser wird über die Nachbarschaft dieses Kohlekraftwerks verstreut. Sie wollen eine **Erzeugungsstruktur** festschreiben, die auf zentrale große Einheiten setzt und den atomaren und fossilen harten

Weg fortführt. Der Feind der großen Stromkonzerne ist klar: Das sind die dezentralen Strukturen mit Kraft-Wärme-Kopplung, die erneuerbaren Energien. Jede Kilowattstunde aus erneuerbaren Energien ist eine vermiedene Kilowattstunde schmutzigen Stroms.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich zweifele auch massiv an der **Wirtschaftlichkeit** dieses Steinkohlepfades in die Zukunft. Kein neues Kohlekraftwerk wird die prognostizierten Volllaststunden von 6.500 im Jahr erreichen. Wegen des gesetzlich vorgeschriebenen **Vorranges** von Strom aus **erneuerbaren Energien** müssen fossile Kraftwerke heruntergefahren werden. Das nennt der Fachmann Redispatch. Dann werden **Volllaststunden** von unter 5.000 erreicht. So wird ein Steinkohlekraftwerk unwirtschaftlich. Aber ich prognostiziere Ihnen: Wenn die Dinger hier erst einmal stehen, werden die Lobbyisten bei der Bundesregierung Schlange stehen, um sich Privilegien zum wirtschaftlichen Betrieb ihrer Anlagen zu erschleichen.

Für die Bereitstellung von Regelstrom sind **Gaskraftwerke** sehr viel besser geeignet als Kohlekraftwerksblöcke. Gaskraftwerke sind sehr viel flexibler in der Leistungssteuerung.

Ab 2013 sieht die **EU** im Übrigen vor, dass alle CO₂-Zertifikate ersteigert werden müssen. Die bisher sind verschenkt worden. Diese kostenlosen Geschenke wird es in Zukunft nicht mehr geben. Die Zeiten sind dann vorbei, in denen kostenlos zugeteilte **CO₂-Zertifikate** in die Strompreise mit ihrem Marktwert eingerechnet werden können. Das gab einen schönen Extraprofit von circa 5 Milliarden € im Jahr. Der zukünftige Preis der CO₂-Zertifikate kann leicht 70 €/t erreichen. Damit würde sich der **Preis** des Einsatzrohstoffes Steinkohle quasi vervierfachen.

Die Hoffnung auf ein funktionierendes **CCS-System**, das heißt die Abscheidung von CO₂ im Prozess der Energieerzeugung und seine Lagerung, ist ein Wechsel, ein ungedeckter Scheck auf die Zukunft. Das ist etwas, was zurzeit an Technik überschaubar und gesichert nicht zur Verfügung steht,

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und schon gar nicht in den quantitativen Dimensionen, von denen wir hier reden, Herr Minister, wenn wir an die RWE-Dea-Aktivitäten zur **Exploration** von Feldern in Schleswig-Holstein denken, um CO₂ in Schleswig-Holstein dauerhaft zu beseitigen, zu lagern. Das haut dann nicht hin. Deren Angaben bei Ihnen im Haus waren: Ab dem Jahr 2015, wenn sie

(Detlef Matthiessen)

denn erfolgreich sind, würden sie für ein 300-MW-Kraftwerk CO₂ speichern können. Das ist weniger als ein Zehntel der in Aussicht stehenden Kohlekraftwerksneubauten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Man kann auch sagen: Das Märchen von der CCS-Technik, von der Beseitigung, sauberer Kohlestrom, ist eine dreckige Lüge, ein Märchen zur Legitimation von Kohlekraftwerksneubauten.

Schleswig-Holstein hat alle Voraussetzungen, das Vorzeigeland des erneuerbaren Stroms zu werden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Schleswig-Holstein hat die Voraussetzung, Kraft-Wärme-Kopplung auszubauen. Wir haben nämlich einen Vorsprung von schon 3 % gegenüber dem Bundesdurchschnitt. Da müssen wir weitermachen. Das ist die Zukunft, nicht die veraltete, fossile Technik.

Der letzte Hilfsanker, der jetzt in der Diskussion eine Rolle spielt, ist die angebliche **Stromlücke**, die uns schon ab 2012 drohen soll. Alle von den Stromkonzernen unabhängigen Fachleute weisen diese Rechnungen zurück. Mich erinnert das an die Angstmacherparolen zur Einführung der Atomenergie.

(Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Genau!)

Der verstorbene Ministerpräsident von Baden-Württemberg -

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Herr Kollege, die Zeit!

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

- Ich komme gleich zum letzten Satz -, Filbinger, konnte ungestraft behaupten, ohne Atomstrom gingen die Lichter aus, wir landeten in der Steinzeit. Das war damals so falsch wie heute.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Der führt die Debatte von vor 30 Jahren!)

Ähnliche Argumente werden heute ins Feld geführt. Wir belasten kommende Generationen mit Ewigkeitskosten aus Atommüll und Klimagasen. Wer heute Kohlekraftwerke neu bauen will, versündigt sich an unseren Kindern und unseren Nachkommen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke dem Herrn Abgeordneten Matthiessen. - Das Wort für die CDU-Fraktion hat nun der Herr Abgeordnete Manfred Ritzek.

Manfred Ritzek [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich beginne, wie zu erwarten, meine Rede ganz anders, nämlich mit einer großen Begeisterung für die gestrige Entscheidung in **Brunsbüttel**. Ich weiß, Herr Kollege, es tut weh, wenn sich die Stadtvertretung dort mit überwältigender Mehrheit für das Kohlekraftwerk mit 1.600 kW/h entscheidet.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Hurra!)

Es gibt dort eine kleine Partei. Sie heißt „W.I.R.“. Ich wusste nicht, was es heißt. Ich dachte „Wählergemeinschaft im Ruhestand“. Aber sie heißt anders, nämlich „Wählerinitiative für reelle Politik“.

(Heiterkeit bei der CDU - Zurufe des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Alle sieben anwesenden SPD-Kollegen haben dafür gestimmt.

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Herr Abgeordneter Detlef Matthiessen, Sie sind nicht dran.

Manfred Ritzek [CDU]:

Alle zehn anwesenden CDU-Kollegen haben dafür gestimmt. Ich denke, das ist ein Meilenstein, dass unsere Kommunalpolitiker zum Teil den Landespolitikern etwas vormachen,

(Beifall bei der CDU und des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

die immer noch glauben, Kohlekraftwerke mit Angstszenarien verunglimpfen zu können.

(Beifall bei der CDU)

Lieber Kollege, ich war auch auf der Hannover-Messe. Wir müssen ganz andere Gesprächspartner gehabt haben. Ich war auch nur am schleswig-holsteinischen Energiestand. Dort haben die Firmen bestätigt, dass unsere Politik zur Erhöhung des Anteils der **regenerativen Energien** richtig ist, wir aber viele Jahre brauchen, ehe die regenerativen Energien das ergänzen und ersetzen können, was

(Manfred Ritzek)

Sie vorhaben, nämlich keinen Kernkraftstrom und keinen Kohlkraftstrom. Das geht nicht. Meine Gesprächspartner jedenfalls sagten mir: Wir brauchen moderne Kohlepolitik, moderne **Kohlekraftwerke mit der Sequestrierung**.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb habe ich hier den Eindruck, dass alle Jahre wieder, und das in regelmäßigen Abständen - jetzt ist auch noch die Kommunalwahl -, so ein Thema mit einer eingängigen Überschrift „Abschied vom Kohlestrom“ aufgegriffen wird, um Ängste zu schüren. Das lehnen wir entschieden ab.

(Konrad Nabel [SPD]: So ein Quatsch!)

Verantwortungsvolle Energiepolitik ist immer Klimaschutz-, Wirtschafts- und Strukturpolitik. Dazu gehört nach der Überzeugung der CDU-Fraktion auch die Bereitschaft, moderne Kohlekraftwerke zu bauen.

(Beifall des Abgeordneten Jürgen Feddersen [CDU])

„An der Kohle führt kein Weg vorbei“, das hätte Ihre Überschrift sein müssen. Das ist der Kernsatz, der hier wegweisend ist. Dies wird von einer Vielzahl von Wissenschaftlern - einige werde ich nachher noch erwähnen -, Energieexperten und auch Politikern immer wieder gefordert.

Es gibt - das wissen wir alle - keine Wundertüte zur sicheren Stromversorgung. Es gibt auch keine Wundertüte für die Rettung des Klimas. Dazu ist verantwortliche, zukunftsweisende Energie- und Klimaschutzpolitik notwendig. Dazu gehören - bei aller Zustimmung zu dem, was Sie gesagt haben: Kraft-Wärme-Kopplung, Erhöhung und Vergrößerung, umfassende Unterstützung der Erhöhung des Anteils regenerativer Energien, Windkraft, Solarenergie - eben auch die **Kohlekraftwerke**.

Nach der Verunglimpfung der Kernenergie - das ist insbesondere an die Adresse BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gerichtet - kommt jetzt die Kohleenergie dazu. So kann es nicht sein. Das halten wir für unverantwortlich.

Die intensiven Bemühungen von Unternehmen einerseits zum Bau moderner Kohlekraftwerke und die intensiven Bemühungen der Politiker andererseits, insbesondere unseres Wirtschaftsministers, für den Bau moderner Kohleanlagen mit der Beachtung des **Emissionsproblems** - das wir nie ausgeklammert haben - erfahren von Ihnen leider keine qualifizierte, neutrale Betrachtung.

Auch unser Ministerpräsident strebt ein **gemeinsames Energiekonzept im norddeutschen Verbund** an. Warten Sie darauf! Auch dort werden moderne Kohlekraftwerke eine Rolle spielen.

Wie ist heute das Szenario? - Nur ein mal zur Erinnerung - wir alle kennen es -: Kernkraftwerke sollen aus heutiger Sicht auslaufen. Kohlekraftwerke sind zum großen Teil überaltert.

Widerstände, die insbesondere auch den Grünen anzulasten sind, verschärfen das Problem des Neubaus von modernen Kohlekraftwerken. Die Hoffnung auf Offshore-Windkraftanlagen ist da. Bisher gibt es aber noch keine arbeitende **Offshore-Windkraftanlage**. Der **Windkraftstrom** ist zurzeit nicht ausreichend in die Netze zu überführen. Gaskraftwerke sind wegen der Abhängigkeit des Erdgaspreises von dem Rohölpreis mit einem erheblichen Preisrisiko verbunden. Wir alle haben gelesen und gehört, dass heute ein kleines Fässchen Rohöl 118 \$ kostet. Vor einigen Wochen lag der Preis noch bei 100 \$. Fazit: Die notwendige **Investitions offensive** für Kohlekraftwerke mit höchstmöglicher technologischer Entwicklung des CCS-Systems ist unabdingbar.

(Beifall bei der CDU)

Trotz der Wiederholung Ihrer Argumente, die wir schon vor einem Jahr und vor zwei Jahren gehört haben, hoffe ich, dass Sie sich vielleicht doch einmal um die positiven Aspekte moderner Kohlekraftwerke bemühen. Andere tun das. Die Europäische Union, der Bundesumweltminister, der Außenminister, die rheinland-pfälzische SPD-Landesregierung unter Kurt Beck, das Land Niedersachsen, das Freiburger Ökoinstitut, das in der Vergangenheit wahrlich kein großer Verfechter von Kohlekraftwerken war, und viele andere fordern moderne Kohlekraftwerke. Dem können Sie sich doch nicht verschließen, auch wenn Sie gelegentlich einen Namen nennen, und zwar den von Professor Hohmeyer.

Gerade auch die Empfehlung des Freiburger Ökoinstituts ist beachtenswert. Diese besagt: Wenn heute eine Entscheidung fallen muss, dann empfiehlt das Institut als wirtschaftlich tragfähigste und robuste Lösung ein Heizkraftwerk auf Kohlebasis.

„Die Kohle findet ihren Platz, wenn wir das CO₂-Problem in den Griff kriegen ...“

so Felix Mathes, Wissenschaftler am Freiburger Ökoinstitut.

(Zurufe von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Manfred Ritzek)

- Sie haben einen Professor genannt, ich habe einen Professor genannt. Es kommen noch mehrere Professoren.

Deshalb ist es unsere Pflicht, für eine verantwortungsbewusste Energiepolitik die Entwicklung auch dieser Technik zu unterstützen. Die bundeseigene Kreditanstalt für Wiederaufbau finanziert in erheblichem Maße neue Kohlekraftwerke. Das wissen Sie. Auch hier wird davon gesprochen, dass diese neuen Kohlekraftwerke mit moderner **Sequestrierung** ausgestattet sein müssen. Ich zitiere den Bundesumweltminister:

„Da der Ausstieg aus der Kernenergie beschlossen sei, könne man nicht gleichzeitig auf Kohlekraftwerke verzichten. Dann müssten wir Gas nehmen und das wird viel teurer. Außerdem steigere die Anti-Kohlepolitik nur den Druck auf die Verlängerung der Laufzeiten von alten Kernkraftwerken.“

Energie der Zukunft aus Windkraft und Kohle, das ist eine der Kernaussagen des **Grünbuchs Energie 2020**, das unser Wirtschaftsminister im Juni 2007 vorgestellt hat. Es heißt dort:

„Wir wollen dafür sorgen, dass die verschiedenen Energieträger und Energietechnologien zusammen ihren spezifischen Anteil an einer sicheren, kostengünstigen und nachhaltigen, das heißt klimaverträglichen Energieversorgung einbringen können.“

Das gilt. In Deutschland werden pro Jahr etwa 850 Millionen t **Kohlendioxid** ausgestoßen. Davon stammen rund 500 Millionen t aus Kraftwerken. In Schleswig-Holstein werden etwa 20 Millionen t ausgestoßen, davon etwa 4,5 Millionen t aus Kraftwerken. Das ist ein relativ geringer Anteil, und zwar aus dem Grund, weil wir hier drei Kraftwerke haben, die den Ausstoß von knapp 8 Millionen t CO₂ verhindern. Bundesweit verhindern übrigens 17 Kernkraftwerke den Ausstoß von rund 150 Millionen t CO₂ pro Jahr. Das erwähne ich nur.

Wenn in unserem Land Investoren bereit sind, moderne Kohlekraftwerke mit deutlich geringeren Emissionen gegenüber alten Kraftwerken zu bauen, und zwar insbesondere auch für Strom, den wir verkaufen, dann ist es ein Gebot von verantwortlichem wirtschafts- und umweltpolitischen Handeln, diese Chance zu nutzen. Gott sei Dank haben wir das in **Brunsbüttel** gerade bestätigt bekommen.

Zu **konventionellen Großkraftwerken** gibt es keine Alternative, und zwar ganz gleich, ob die erneuerbaren Energien 20 oder 30 % zur Deckung des

Strombedarfs beitragen. Das ist unsere feste Überzeugung. Die verbleibenden 70 % - so sagt es auch die Deutsche Energie-Agentur - müssen von konventionellen Kraftwerken gedeckt werden. Deshalb bekommt die **Kohlesequestrierung** aus modernen Kohlekraftwerken, also das Abtrennen von Kohlendioxid aus dem Abgasstrom der Kraftwerke mit anschließender Einlagerung unter Tage, auch eine entscheidende Bedeutung bei der Befürwortung des Baus moderner Kohleanlagen.

Diese Aussage ist auch im Zusammenhang mit dem gestrigen Vertragsabschluss für das neue Kohlekraftwerk in Brunsbüttel getroffen worden.

Der CO₂-Ausstoß ist mit modernsten Anlagen dramatisch reduzierbar, so Professor Alfons Kather, Leiter des Instituts für Energietechnik an der Technischen Universität Hamburg-Harburg. Der Ausstoß von Kohlendioxid mit moderner Sequestrierung beträgt ein Viertel des Ausstoßes bei der **Nutzung von Erdgas**. Der Unterschied ist bezogen auf Steinkohle und auf Braunkohle entsprechend größer. Leider kann ich auf einige andere Dinge nicht eingehen. Lesen Sie das bitte nach, ich möchte zum Schluss kommen.

Ich fordere Sie auf, uns auf dem Weg zu einer modernen Energiepolitik zu begleiten. Dazu gehört ein moderner und attraktiver **Mix** technischer Anlagen, der uns eine sichere Versorgung zu angemessenen Preisen in Verbindung mit einem verantwortungsbewussten umweltpolitischen Handeln ermöglichen.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Steinzeit!)

Normalerweise könnten wir den Antrag ablehnen, aber mein Kollege von unserem Koalitionspartner sagte mir, er hätte eine Ausschussüberweisung lieber. Auch damit können wir leben. Der Inhalt des Antrages mit der Begründung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist das, was wir schon vor Jahren gehört haben, ohne dass es eine Fortentwicklung gibt. Ich bitte darum, dass wir diesen Dingen in Zukunft nicht auf den Leim gehen. Wir können sicher sein, dass in einem Jahr wieder so ein Antrag vorliegt. Vielleicht können wir diesen dann im Vorwege im Ausschuss behandeln, sodass er gar nicht mehr ins Plenum gebracht wird.

(Beifall bei der CDU - Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das hätten Sie wohl gern!)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke Herrn Abgeordneten Ritzek. - Für die SPD-Fraktion hat nun Herr Abgeordneter Olaf Schulze das Wort.

Olaf Schulze [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Am Dienstag, dem 22. April 2008 konnten wir im „Hamburger Abendblatt“ folgende Überschrift lesen: Kältere rekord in der Antarktis! Entgegen der globalen Klimaerwärmung nimmt die Eismenge erstmals wieder zu. Ist das eine Trendwende oder ist das ein Ausrutscher? Ist mit dem Klima wieder alles in Ordnung? Können wir den Klimawandel wieder infrage stellen? - Nein, wir können weiter davon ausgehen, dass der **Klimawandel** bereits in vollem Gange ist und dass wir Menschen dazu beitragen.

Die umfangreichen Berichte der IPPC sind eindeutig. Somit müssen wir uns mit den **Folgen** des Klimawandels weiter auseinandersetzen und die erforderlichen Maßnahmen umsetzen. Wir wissen, dass die Erderwärmung überwiegend durch den **CO₂-Ausstoß** verursacht wird. Hier können wir schnell handeln. Das ist ja auch das Ziel der Bundes- und der Landesregierung.

Erst letzte Woche kam die Meldung, dass der März 2008 weltweit der wärmste seit Beginn der Wetteraufzeichnungen war. Vor Kurzem erklärte Professor Dr. Hohmeyer im Rahmen einer SPD-Veranstaltung, dass der **Klimawandel** schneller als bislang prognostiziert im Gang sei. Selbst der Bericht der IPPC trifft nicht mehr die Realität; die Gletscher schmelzen heutzutage in einem Tempo ab, das erst für 2050 prognostiziert war. Die Folgen sind hinreichend bekannt. Der Meeresspiegel wird steigen. Allein die Deiche um einen Meter zu erhöhen, wir nicht helfen. Im Winter fallen mehr Niederschläge und die Landwirte hatten in diesem Jahr schon Probleme, die Äcker rechtzeitig zu bewirtschaften. Im Sommer wird es trockener und die ärmsten Länder wird es zuerst und am härtesten treffen.

Wir sind uns einig, dass wir den CO₂-Ausstoß reduzieren müssen. Wenn das so ist, dann ist der Bau von neuen Kohlekraftwerken allerdings nicht die richtige Antwort auf die Frage, wie wir den Klimaschutz und eine bezahlbare und sichere Energieversorgung in Zukunft vereinen können.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Kohlekraftwerke und Atomkraftwerke sind keine Alternativen, sie sind Techniken aus dem 19. und 20. Jahrhundert. Was wir heute brauchen, ist eine innovative und zukunftsfähige Energieversorgung für das 21. Jahrhundert, die im Einklang mit Klimaschutz und **sicherer Energieversorgung** steht. Schließlich fahren Sie heute auch nicht mehr mit der Dampflok von Kiel nach Berlin, sondern Sie nutzen den ICE.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wo kriegt der seinen Strom her?)

Was ist mit den Arbeitsplätzen? - Die **Windenergie** zeigt doch am besten, dass wir in Schleswig-Holstein hier vorangegangen sind und was für gute Exportchancen für unsere heimische Wirtschaft bestehen. Nicht Kohle- und Atomkraft sichern schleswig-holsteinische **Arbeitsplätze**, sondern eine innovative und regenerative Energieerzeugung. Wir sollten uns bei diesem großen Gedanken nicht - wie von Großkonzernen und deren Lobbyisten momentan mit Krokodilstränen in den Augen vorgetragen - in die energiepolitische Zwickmühle drängen lassen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelter Beifall bei der SPD)

Ja, wir müssen aus der Kohle- und aus der Atomkraft aussteigen. Die angeblich dadurch entstehende **Lücke in der Stromversorgung**, die entstehen soll, da die regenerativen Energien nicht so schnell wie angenommen wachsen werden, wird jedoch nicht entstehen.

Eine Stromlücke entsteht nur dann, wenn es zu keiner Neuorientierung in der Stromversorgung und in den Köpfen kommt. Dann können wir uns allerdings auch von der von der Bundesregierung angestrebten Minderung des nationalen Treibhausgasausstoßes um 40 % bis zum Jahr 2020 verabschieden. Hinter diesem Streit über die Zukunft der Stromerzeugung, der übrigens auch innerhalb meiner Partei geführt wird, worauf ich stolz bin, denn nur über den Streit um den richtigen Weg kann eine Partei vorankommen, stehen zwei unterschiedliche Konzepte. Die Genossen in Brunsbüttel beschreiten sicherlich noch einen anderen Weg.

Mit dem Beschreiten des konservativen Pfades des Durchwurstelns, bei dem die bisherige Strombereitstellung einfach fortgeschrieben wird und bei dem, wie Sie, Herr Stritzl, es tun, weiter auf die großtechnische Nutzung von Kohle, Gas, Erdöl und Atomkraft gesetzt wird, sind weder Klimaschutz noch eine kostengünstige Versorgung und auch

(Olaf Schulze)

kein die Beschäftigung sicherndes Energiesystem erreichbar.

(Beifall bei der SPD)

Die SPD in Schleswig-Holstein geht den Pfad, der das **Konzept einer nachhaltigen Entwicklung** in Richtung einer Neuorientierung in Wirtschaft und Gesellschaft beinhaltet. Wir verbinden Wirtschafts-, Energie- und Umweltpolitik, bauen die Brücken in eine **regenerative Energiewirtschaft** und wollen mehr Verteilungsgerechtigkeit. Nur an diesen Zielen lassen sich die heutigen Entscheidungen messen. Wollen wir unseren Enkeln als Erbe wirklich nur Reste der Stromerzeugung, von uns tief in der Erde vergraben, hinterlassen? Wollen wir strahlenden Atommüll für ewige Zeiten statt einer gesicherten regenerativen Energieproduktion, wollen wir bald auch noch bei der Stromerzeugung von Kohle abgeschiedenes CO₂, wobei wir die Technik und die Tiefe, um die es dabei gehen wird, heute noch gar nicht ausloten können?

Wer ernsthaft über diese Fragen nachdenkt, kann nur eines tun, nämlich so handeln, wie wir es als SPD in unseren Klimaschutz- und energiepolitischen Leitlinien beschrieben haben, und den **Ausstieg aus der Kohle- und Atomkraft** vornehmen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Für die SPD-Landtagsfraktion stehen die drei E im Vordergrund: Energie einsparen, Energieeffizienz und erneuerbare Energien. Energie einsparen ist nicht nur ein Beitrag zum Klimaschutz, sondern auch die beste Möglichkeit, Geld einzusparen. Gerade in diesem Bereich gibt es in Deutschland noch ein erhebliches Potenzial. Auch die IHK erwartet Rückgänge beim **Strombedarf**; die Statistiken belegen dieses. Leider wird das Thema **Energieeffizienz** bei uns im Land immer noch unterschätzt. Hier gehen Experten von einem Potenzial von 30 bis 40 % aus. In den Bereich der **Kraft-Wärme-Kopplung** müssen wir in Schleswig-Holstein noch mehr investieren. Gerade für kleinere Gemeinden ist die KWK-Technik eine Möglichkeit, eine günstige und sichere Energieversorgung aufzubauen.

Die Energiewirtschaft der Zukunft wird sich an der **dezentralen Energieversorgung** orientieren. Ein positiver Nebeneffekt ist die Förderung des örtlichen Handwerks und der heimischen Wirtschaft. Die Angst, dass bei einem Kohle- und Atomausstieg die Lichter ausgehen, geht auf reine Panikmache zurück. Schleswig-Holstein und die Bundesrepublik sind bereits heute Stromexporteure. Das bedeutet: Wenn wir parallel zum Kohle- und Atom-

ausstieg die regenerativen Energien ausbauen, ist der Ausstieg machbar.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Unsere Forderung ist daher, bis 2020 Strom zu 100 % aus erneuerbaren Energien zu erzeugen, wie das ja auch in dem **Grünbuch** von Herrn Austermann steht. Warum setzen wir es dann nicht um? Ebenso fordern wir den Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung und zur Wärmeversorgung übergangsweise Gaskraftwerke. Wir laufen nicht in eine Stromlücke, sondern befinden uns in einer Handlungslücke.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Eine sichere **Energieversorgung durch erneuerbare Energien** machen immer und überall Kombikraftwerke möglich. Gerade diese **Kombikraftwerke** könnten von heimischen Stadtwerken oder von Stadtwerkverbänden betrieben werden. Das Kombikraftwerk kombiniert optimal die Vorteile der verschiedenen erneuerbaren Energien: Windenergieanlagen und Solarmodule leisten je nach Verfügbarkeit von Wind und Sonne ihren Beitrag zur Stromerzeugung; ausgleichend werden Biogas und Wasserkraft eingesetzt. Wird zu viel Strom produziert, können Speichermedien die Energie speichern. Erdwärme, Biomasse, Wärmenutzung von Abwasser und Solarenergie sorgen außerdem für die Beheizung. Einer Vollversorgung mit erneuerbaren Energien steht technisch nichts im Wege. Versuchsanlagen gibt es bereits. Sie zeigen, dass Kombikraftwerke ein gangbarer Weg sind. Ich bin vor allem darauf gespannt, wie die Stadtwerke Flensburg gemeinsam mit Herrn Professor Hohmeyer uns schon bald beweisen werden, dass auf kommunaler Ebene ein Energiekonzept entstehen kann, das nur auf regenerativen Energien aufbaut.

Die Kapriolen beim **Ölpreis** haben uns gelehrt, dass man bei Energie nicht kurzfristige auf Preisgünstigkeit setzen kann. Energiepolitik bedeutet heutzutage, über Zeiträume von 30, 40 oder 50 Jahre hinweg zu denken, also nicht nur kurzfristig an Renditeüberlegungen der großen Konzerne zu denken. Es ist der falsche Weg, sich vor Ort in den Kommunen und in den Kreisen hinzustellen und die erhöhten Strompreise zu bejammern und hier im Landtag auf Großkraftwerke zu setzen. Lassen Sie uns endlich mit den großen Schritten beim Klimaschutz beginnen, bevor es zu spät ist.

Für eine sichere, wirtschaftliche und umweltverträgliche Stromnutzung und Stromversorgung in

(Olaf Schulze)

Deutschland fehlen nicht die technischen Möglichkeiten. Sie sind seit vielen Jahren bekannt. Was fehlt, sind der Mut und die Bereitschaft, sie auch im Interesse von Wirtschaft, Beschäftigung und Klimaschutz zu nutzen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lieber Kollege Ritzek, Sie sprechen davon, dass moderne Kohlekraftwerke gebaut werden sollten; dadurch werde die **CO₂-Emission** gesenkt, wenn gleichzeitig alte Kohlekraftwerke abgeschaltet würden. Sagen Sie uns dann aber bitte auch einmal, welches alte Kohlekraftwerk, wenn es um Brunsbüttel geht, jetzt abgeschaltet wird.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Meine Damen und Herren, Sie sehen, dass es zu diesem Thema in der Großen Koalition unterschiedliche Auffassungen gibt. Wenn wir uns nicht einigen können - so steht es im Koalitionsvertrag -, müssen wir vorliegende Anträge ablehnen. Aus diesem Grunde werden wir die unter Tagesordnungspunkt 53 aufgeführten Anträge der Grünen und des SSW ablehnen und der Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses zustimmen. Wir beantragen, den Antrag unter Tagesordnungspunkt 38 dem Wirtschaftsausschuss und dem Umwelt- und Agrar-ausschuss zu überweisen. Wir hoffen, dass wir im Ausschuss eine Diskussion führen werden, die dazu führt, dass wir zukünftig gemeinsam eine regenerative Energiepolitik durchsetzen können.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke dem Herrn Abgeordneten Olaf Schulze. - Für die FDP-Fraktion hat Herr Abgeordneter Dr. Heiner Garg das Wort.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Dass ausgerechnet die Partei, die bis zum Schluss massiv für die Subventionierung von deutscher Steinkohle eingetreten ist, uns heute Lehrstunden darüber erteilt, möglichst keine Kohlekraftwerke mehr zu errichten und solche Kraftwerke möglichst alle abzuschalten, finde ich ein bisschen merkwürdig, um es freundlich auszudrücken.

(Beifall bei FDP und CDU)

Aber sei's drum! Wir haben hier heute aber nicht über SPD-Anträge zu beraten. Wir haben vielmehr über zwei Anträge der Grünen zu beraten. Zu dem ersten Antrag sage ich gleich noch etwas mehr. Herr Kollege Matthiessen, den zweiten Antrag verstehe ich nicht wirklich. Ich gehe davon aus, dass der zweite Antrag im Wirtschaftsausschuss beraten wird. Wir haben dann genügend Zeit, darüber zu diskutieren. Ich möchte Ihnen an dieser Stelle aber zwei Fragen mit auf den Weg geben.

Erstens. Ist es falsch, irre ich mich, wenn ich annehme, dass bestimmte **Standorte** genehmigungs- und planungsrechtlich für die Nutzung durch **Kohlekraftwerke** im rot-grünen Raumordnungsplan vorgegeben sind? Warum haben Sie dann in Ihrer Regierungszeit nicht entsprechend gehandelt? Sie halten heute gewissermaßen die Reden von vorgestern.

(Beifall bei FDP und CDU)

Zweitens. Herr Kollege Matthiessen, ich frage Sie hier ernsthaft des Weiteren dies - das habe ich Sie auch schon im Ausschuss gefragt -: Welche Ergebnisse erwarten Sie, wenn der Landtag Berechnungen von Landesministerien zurückweist? Ich als Abgeordneter kann diese Berechnungen zur Kenntnis nehmen; ich kann sie glauben oder nicht. Aber ich beschließe sie doch nicht, indem ich sie zurückweise. Ich habe keinen intellektuellen Zugang zu dem Antrag gefunden. Vielleicht können Sie mir im Ausschuss ja aber weiterhelfen.

Wir laufen in der aktuellen Diskussion rund um das Thema der Energieversorgung - ich finde, das hat die bisherige Debatte zum Teil auch gezeigt - auf zwei zentrale Probleme zu. Erstens: Alle wollen Strom, aber niemand will die Kraftwerke, die den Strom erzeugen. Zweitens: Alle wollen irgendwie etwas für den Umweltschutz tun, aber bitte bloß nicht vor der eigenen Haustür.

Es wird diskutiert und debattiert - in der Politik, in der Wirtschaft und in der Bevölkerung, bedauerlicherweise aber oft sehr ideologisch. Ich möchte hier nur einmal an die Wahlplakate der Kieler SPD erinnern. Auf diese Plakate hat man allen Ernstes geschrieben: Atomkraft und CO₂ sind lebensgefährlich. - Wollen Sie die Photosynthese jetzt gleich mit abschaffen, liebe Kolleginnen und Kollegen von den Sozialdemokraten?

(Heiterkeit und Beifall bei FDP und CDU)

Ich glaube, es ist der falsche Weg, sich auf diese schlichte und einfache Art und Weise Zustimmung für tagespolitisch aktuelle Themen zu sichern.

(Dr. Heiner Garg)

Wenn der von der rot-grünen Bundesregierung im Jahre 2000 vertraglich vereinbarte **Atomausstieg** wie vereinbart umgesetzt wird - das war ein schmerzhafter Prozess; die FDP in Schleswig-Holstein ist aber für die Umsetzung dieser Vereinbarung -,

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

dann wird das letzte heute noch bestehende Kernkraftwerk 2022 abgeschaltet sein. Verschiedene Studien - das können Sie, Herr Matthiessen, bestreiten oder auch nicht - kommen zu dem Schluss, dass dadurch rund 30 % der derzeitigen Stromproduktion wegfallen werden. Diese Strommengen müssen ersetzt werden. Allein in Schleswig-Holstein fallen durch die Abschaltung der drei Kernkraftwerke rund 3.600 Megawatt Leistung weg. Wir können uns mit Sicherheit über die Größenordnung streiten. Wir können uns aber nicht darüber streiten, ob sie wegfallen oder nicht.

Die **Deutsche Energie-Agentur** rechnet damit, dass bereits im Jahr 2012 die Kraftwerkskapazität in Deutschland nicht mehr ausreichen wird, um den Bedarf zu decken. Ich darf noch mal daran erinnern: Schleswig-Holstein ist Stromexporteur. Die Wirtschaft in Schleswig-Holstein profitiert davon, dass Schleswig-Holstein Netto-Strom-Exporteur ist und damit die Menschen die Arbeit haben.

(Beifall bei CDU und FDP)

Es stellt sich automatisch die Frage, wie der Wegfall der produzierten Strommenge kompensiert werden soll. Es gibt nach meiner Ansicht drei Möglichkeiten.

Erstens. Die Umstellung der Produktion komplett auf Kraftwerke, die den derzeitigen **Energiemix** ohne Kernkraft darstellen. Damit würden sich die deutschen CO₂-Emissionen um rund 150 Millionen t jährlich erhöhen. Einhaltung des Kyoto-Protokolls: Fehlanzeige!

Zweitens. Um das Kyoto-Protokoll einzuhalten: **Reduzierung** der Produktion aus **Kohlekraft** bei heutigem Niveau der Produktion aus regenerativer Energie. Das hat zwangsläufig einen erheblichen Anstieg der Energieimporte und damit eine erhebliche Abhängigkeit von ausländischen Lieferanten zur Folge. Zudem werden die hohen technischen Standards und niedrigen Grenzwerte für Emissionen in Deutschland bei Weitem nicht erreicht.

Drittens. Um Importabhängigkeit zu verhindern und gleichzeitig das Kyoto-Protokoll zu erfüllen: Reduzierung der Produktion aus Kohlekraft und

massiver **Ausbau der regenerativen Energien**. Dies hat allerdings zwangsläufig eine erhebliche Energieverteuerung zur Folge, da bei heutigem Stand der Technik die Energieproduktion aus Sonne, Wind, Wasser oder Erdwärme noch um ein Vielfaches teurer ist, als die Produktion aus fossilen Energieträgern.

Es muss aus unserer Sicht - und wir machen es ein bisschen anders, als der Kollege es gerade gesagt hat: Nur dieser eine Weg ist der richtige Weg! - ein Weg gefunden werden, bei dem diese drei Varianten sinnvoll miteinander verknüpft werden. Das Ziel muss sein, eine saubere, eine umweltschonende, eine ausreichend gesicherte Energieversorgung, aber auch eine **bezahlbare Energieversorgung** für die Menschen in diesem Land sicherzustellen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Deswegen - und nur deswegen - halte ich es für falsch, aus rein ideologischen Gründen grundsätzlich auf den **Neubau effizienterer Kohlekraftwerke** in der Form wie es die Grünen heute tun, zu verzichten, erst recht dann, wenn sich durch den Neubau von Kohlekraftwerken der neuen Generation die Wirkungsgrade erhöhen und der CO₂-Ausstoß deutlich reduziert wird oder wenn es durch den Einsatz von **CO₂-Sequestrierung** sogar möglich werden könnte, den CO₂-Ausstoß annähernd gänzlich zu reduzieren.

Selbst eher grünfreundliche Experten kommen zu dem Schluss, dass der Bau neuer Kohlekraftwerke durchaus zu empfehlen ist. Ich empfehle Ihnen wirklich die Studie des Freiburger Ökoinstitutes, sehr geehrter Herr Kollege Matthiessen.

Ich will an dieser Stelle gar nicht Herrn Gabriel zitieren, der sagt, dass die Widerstände der Grünen gegen den Kohlestrom nur der Atomkraft Vorschub leisten, aber ich denke schon, dass ein bisschen weniger Ideologie - Herr Kollege Nabel, das gilt auch für Sie - -

(Konrad Nabel [SPD]: Ich habe überhaupt nicht mit Ihnen geredet!)

- Ja, aber ich rede mit Ihnen! Ich kann doch mit Ihnen reden!

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Herr Dr. Garg, Sie haben ein Mikrofon. Sie brauchen nicht zu brüllen.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

- Da haben Sie recht!

(Dr. Heiner Garg)

(Zuruf Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich denke, ein bisschen weniger Ideologie in der Debatte täte gut. Liebe Kolleginnen und Kollegen, mittlerweile kämpfen die Grünen auch gegen neue Stromleitungen zum Abfluss der aus Windenergie erzeugten Strommengen und sie kämpfen gegen Biomassekraftwerke vor ihrer eigenen Haustür. Sagen Sie einmal einen Satz dazu, warum Sie mittlerweile sogar dagegen zu Felde ziehen.

Nach dem Motto: „Atom ist zu riskant, Kohle zu dreckig, Gas zu russisch und Öko stinkt“ werden wir leider nicht weiterkommen; der Strom kommt eben nicht aus der Steckdose, sondern muss irgendwo auch produziert werden.

Mittlerweile herrschen in Deutschland ein **Investitions- und ein Genehmigungsstau**. Einzelne Investitionsvorhaben werden bereits aufgegeben, übrigens auch bei den erneuerbaren Energien. Allein E.ON wartet in Deutschland auf die Genehmigung von rund 800 km Hochspannungsleitungen. Die Konsequenzen daraus sind fatal. Wird der Markt mangels Investitionen dermaßen eng, steigt der Strompreis automatisch an, wenn nicht neue Kraftwerke und ausreichend neue Stromtrassen entstehen. Hinzu kommt, dass Energiepolitik eine elementare Standortpolitik ist. Nicht zuletzt vor diesem Hintergrund ist eine zukunftsgerichtete Energiepolitik und ein leistungsfähiger **Energiestandort** wichtig, und zwar auch wichtig, um den Wirtschaftsstandort Schleswig-Holstein und **Arbeitsplätze** zu sichern und zu erhalten, nicht nur in den Kraftwerken.

Weltweit nimmt der Bedarf an moderner Energie- und Umwelttechnik rasant zu. Es eröffnen sich hier enorme Chancen, zum Beispiel mit der Erforschung und Entwicklung der **CO₂-Abscheidung**. Sich von dieser Technologie, die in der Tat erst in der Entwicklung ist, so zu verabschieden, wie das der Kollege Matthiessen hier tut, halte ich für falsch. Ich halte diese Verabschiedungsstrategie für gefährlich.

(Beifall bei FDP und CDU)

Ließe man diese Technologie zu, ließe man sie sich entwickeln, böte sie mit Sicherheit eine Chance, insbesondere dann, wenn man gegen die Kernkraft zu Felde zieht, lieber Kollege Hentschel. Aber auch hier - das bedaure ich außerordentlich - schreien Vertreter Ihrer Partei vor Ort auf. So hat der Kreisverband der Grünen in Ostholstein beschlossen, die Ausweisung von **CO₂-Lagerstätten** im Gebiet Ostholstein mit allen Mitteln zu verhindern. Ich sage Ihnen in allem Ernst, Herr Kollege Matthiessen:

Wenn man immer nur verhindern will und dann auch noch bei der technischen Entwicklung von Umweltentlastungsmaßnahmen auf die Bremse tritt, dann wird man irgendwann unglaublich.

(Beifall bei FDP und CDU - Zuruf der Abgeordneten Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir wollen sicheren, sauberen Strom. Ich sage das noch einmal: Wir wollen aber auch bezahlbaren Strom. Strom muss für die Menschen und für die Unternehmen in diesem Land bezahlbar bleiben.

(Beifall bei FDP und CDU)

Wir wollen, dass Schleswig-Holstein von unsicheren **Stromimporten** so unabhängig wie möglich bleibt. Wir wollen vermeiden, dass Wertschöpfung und Arbeitsplätze verlagert werden. Man kann nicht nur fragen, wie viele Menschen in den einzelnen Kraftwerken arbeiten, sondern man muss fragen, was alles an wirtschaftlichem Potenzial daran hängt, dass Schleswig-Holstein nach wie vor Stromexporteur ist. Wir stehen für einen ausgewogenen Energiemix. Dieser führt zu einer Reduzierung der Abhängigkeit von einzelnen Energieträgern, Energielieferanten oder Lieferländern. Ebenso halten sich dann die Auswirkungen von regionalen oder sektoralen Versorgungsengpässen und von Preisschwankungen eher in Grenzen.

Ich würde mich freuen, wenn wir im Ausschuss über den von mir erwähnten Antrag der Grünen noch einmal reden, vielleicht verstehe ich ihn dann. Ich würde mich aber vor allem freuen, wenn wir wirklich bei der Energiedebatte ein bisschen weniger Ideologie und ein bisschen mehr Verstand walten lassen und mit so pauschalen Geschichten, wie die die SPD Kiel leider gerade im Wahlkampf einführt, ein für alle Mal Schluss machen. Denn an der Energieversorgung hängen wir buchstäblich alle.

(Beifall bei FDP, CDU und SSW)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke Herrn Abgeordneten Dr. Garg. - Das Wort für den SSW im Landtag hat nun Herr Abgeordneter Lars Harms.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Angesichts der häufig geführten Klimadebatten ist immer wieder deutlich geworden, dass das Problem der zukünftigen Energieversorgung gelöst werden muss. Wir können die Probleme aber

(Lars Harms)

auch nicht unabhängig voneinander betrachten, sie müssen zusammen gelöst werden. Hier liegt auch die große Herausforderung. Auf der einen Seite haben wir eine weltweit steigende Energienachfrage, bei der wir die Versorgungssicherheit zu bezahlbaren Preisen gewährleisten müssen und auf der anderen Seite haben wir das **Klimaproblem**, das maßgeblich auf CO₂-Emissionen zurückzuführen ist.

Was wir also brauchen, ist eine nationale Strategie zur Steigerung der **Energieeffizienz**, Verbesserung der **Energieeinsparung** und der weitere **Ausbau der erneuerbaren Energien**. Nur so können wir langfristig die Energienachfrage in den Griff bekommen und die Klimaschutzziele erreichen.

Was hier aber so leicht über die Lippen geht, lässt sich in der Tat nur schwer umsetzen. Natürlich wäre es wünschenswert, wenn wir heute unseren Strombedarf gänzlich aus regenerativen Energieformen decken können. Aber so ist es leider nicht. Von der Landesregierung liegt uns zwar vor, dass Schleswig-Holstein ab 2020 seinen Strombedarf aus regenerativen Energieformen nicht nur decken kann, sondern auch Strom aus erneuerbaren Energien exportieren wird - so die Prognose der Landesregierung.

Die **Energieversorgung** darf aber nicht nur aus Sicht Schleswig-Holsteins betrachtet werden. Es handelt sich hierbei um eine **nationale Aufgabe**. Daher gilt es, die Zeit zu überbrücken, bis wir nicht nur in Schleswig-Holstein, sondern bundesweit die Stromversorgung komplett aus regenerativen Energien gewährleisten können.

Wann wir soweit sind und wann dies bundesweit möglich sein wird, wird davon abhängen, wie schnell und effektiv die **Energieeinsparpotenziale** gehoben werden können und wie zügig der Ausbau der erneuerbaren Energien vorangebracht wird.

Angesichts dieser Herausforderungen werden immer wieder Stimmen laut, die Atomenergie neu zu beleben und den **Atomausstieg** auszusetzen. Damit ließe sich in der Tat die Energieversorgung sichern und das Klimaproblem zwar nicht lösen, aber doch mildern. Wir würden also zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen. Das kann man politisch so sehen. Aber hier sage ich ganz deutlich, dass dies der falsche Weg ist, denn dieser Weg ist mit unabsehbaren Risiken behaftet, die wir nicht kontrollieren können. Er erzeugt ein gefährliches Abfallproblem für viele nachfolgende Generationen darstellt. Daher wird es mit dem SSW keinen Weg aus dem Atomausstieg geben. Wer sich also für die scheinbar einfache Lösung - Verlängerung der Laufzeit

der Atomkraftwerke - ausspricht, verschließt die Augen vor den Gefahren dieser Energieform und handelt verantwortungslos.

(Beifall beim SSW)

Darüber hinaus haben die **Pannenserien** bei deutschen Atommeilern längst gezeigt, dass diese Technologie nicht sicher ist. Daher müssen sie so schnell wie möglich abgeschaltet werden. Am Atomausstiegstermin darf auf keinen Fall gerüttelt werden. 2020 muss der letzte Meiler in Deutschland vom Netz genommen sein. Ein Hinauszögern über **2020** hinaus darf es nicht geben.

(Beifall beim SSW und vereinzelt bei der SPD)

Um die Probleme der Energieversorgung und des Klimawandels bewältigen zu können, müssen die eingeschlagenen Wege kontinuierlich weitergegangen und stärker als bisher vorangebracht werden. Also müssen Energieeinsparpotenziale genutzt, die Energieeffizienz gesteigert und der Anteil an erneuerbaren Energien muss kontinuierlich erhöht werden. Dies ist die Antwort, um die Emission der **Treibhausgase** zu reduzieren. Doch wir müssen uns im Klaren darüber sein, dass dies nicht von heute auf morgen zu machen ist.

Der heutigen Debatte liegen mehrere Anträge zugrunde, unter anderem auch ein Antrag des SSW vom Mai letzten Jahres. An der Haltung des SSW hat sich bezüglich unseres Antrags nichts geändert. Für uns bleibt bestehen, dass wir langfristig eine dezentrale Versorgung durch **erneuerbare Energien** brauchen. Hierfür ist es notwendig, das **Stromnetz**, das heute noch zentral ausgerichtet ist, umzustrukturieren und so umzubauen, dass die dezentralen Energieträger erschlossen werden können und der Strom eingespeist und weitergeleitet werden kann. Erzeugung, Verteilung und Verbrauch werden somit zu einer dezentralen Versorgungseinheit.

Angesichts des **wachsenden Energiebedarfs** weltweit ist es aus Sicht des SSW der richtige Weg, auf die **dezentrale Versorgung** umzuschwenken. Diesbezüglich können wir uns ein Know-how erarbeiten, das dazu beitragen kann, die Energieversorgung in wirtschaftlich schnell wachsenden Ländern wie beispielsweise China oder Indien zu erschließen. Der Energiebedarf in diesen Ländern wird hauptsächlich durch die dezentrale Energieversorgung zu decken sein. Daher sollten wir auch aus wirtschaftlichen Gründen die Umstrukturierung unserer Stromnetze und des Strommanagements voranbringen.

(Lars Harms)

Weiterhin müssen wir Übergangslösungen dafür finden, dass der Energiebedarf bei uns mittelfristig gedeckt werden kann, und zwar unter Berücksichtigung der gesetzten Klimaschutzziele. Unter der Voraussetzung, dass der Anteil der erneuerbaren Energien konstant erhöht wird, sind wir im Übergangszeitraum trotz allem auf **fossile Energieträger** angewiesen. Um den Bedarf wirklich decken zu können, muss es einen Energiemix aus erneuerbaren Energien und fossilen Energieträgern geben.

Doch mit welchen fossilen Energieträgern wollen wir die Energieversorgung sicherstellen? Die Atomenergie spielt, wie gesagt, aus Sicht des SSW bei der Ausgestaltung des Energiemix keine Rolle. Übrig bleiben also nur Kohle, Gas oder Öl. Bei Gas und Öl wissen wir, dass die **Verfügbarkeit** dieser **Rohstoffe** zeitlich eingeschränkt ist und dass sie aus Ländern kommen, deren politische Stabilität derzeit nicht die beste ist. Mit ihnen würden wir uns in eine Abhängigkeit begeben, die wir so nicht wollen. Darüber hinaus würde die Verknappung der Rohstoffe dazu führen, dass die **Energiepreise** in den nächsten Jahrzehnten enorm stiegen. Die Stromkunden würden dann also Strom teuer bezahlen müssen, und das kann so nicht gewollt sein. Aus Sicht des SSW darf die Energieversorgung nicht zu einem reinen Luxusgut werden.

Bei der Kohle sieht die Situation etwas anders aus. Selbstverständlich ist auch Kohle auch ein endlicher Rohstoff, aber im Gegensatz zu den vorher genannten Energieträgern ist Kohle weltweit vorhanden, und - was wichtiger ist - wir haben sie im eigenen Land. Damit ist zumindest eine gewisse Verfügbarkeit sichergestellt.

Wenn wir nun über Kohlekraftwerke sprechen, sollten wir so ehrlich sein festzustellen, dass wir um deren Einsatz nicht umhinkommen. Bereits heute machen **Braun- und Steinkohlekraftwerke** rund 50 % der **Stromgewinnung** aus. Diesen Bedarf können wir nicht mit Gaskraftwerken decken; denn der Bedarf an **Gas** wäre unerschwinglich hoch. Daher bleibt nur die Möglichkeit, auf Kohlekraftwerke zu setzen.

Im Zusammenhang mit **Kohle** muss man aber auch so ehrlich sein und feststellen, dass Kohlekraftwerke derzeit die größten CO₂-Emittenten sind. Natürlich sind sie nicht die sauberste Energieform; aber wenn es uns gelingt, die veralteten Großkraftwerke durch neue zu ersetzen, erreichen wir auch eine Verbesserung der **CO₂-Bilanz**.

Damit neue Kohlekraftwerke nicht planlos aus dem Boden gestampft werden, ist ein nationales Konzept

erforderlich. Für uns spielt gerade die Nutzung der Abwärme eine maßgebliche Rolle. Eine der wichtigsten Maßnahmen bei der Stromerzeugung ist der massive Ausbau der **Kraft-Wärme-Kopplung**, da diese die höchste Energieeffizienz aufweist, die wir derzeit erreichen können. Daher muss die Abwärme nutzbar sein. Insoweit kommen nur Standorte infrage, die große Mengen Prozesswärme abnehmen können. Dies und die vorhandene Infrastruktur sprechen in unserem Fall für den Standort Brunsbüttel. Das muss dann aber auch bei der Unternehmensansiedlungspolitik für Schleswig-Holstein eine Rolle spielen. Dort müssen wir zentrieren.

Generell muss aber auch für die Energiegewinnung aus Kohle gelten: Sie ist eine **Übergangstechnologie**.

(Zuruf des Abgeordneten Detlef Matthiessen
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Lieber Kollege Matthiessen, wenn wir uns politisch bereiterklären, diesen Weg der mittelfristigen Energieversorgung zu gehen, dann nur, wenn wir gleichzeitig eine Ausstiegsstrategie für die Kohle festlegen, die mit dem Atomausstieg vergleichbar ist. Aus Sicht des SSW ist dies zwar nicht die optimale Lösung, aber das, was derzeit machbar ist, auch unter Berücksichtigung des wachsenden Energiebedarfs.

Die Forderung der Grünen, von der Landesregierung zu verlangen, jegliche Unterstützung der Planungen und des Baues neuer Kohlekraftwerke in Schleswig-Holstein einzustellen, ist so nicht umsetzbar. Die Landesregierung kann die Planung und den Bau eines Kohlekraftwerks nicht ohne Weiteres untersagen, wenn in allen planungs- und genehmigungsrelevanten Instanzen positiv beschieden wurde. Dies mag aus Sicht der Grünen bedauerlich sein, aber es ist notwendig. Ansonsten wären alle planungs- und genehmigungsrelevanten Großprojekte der Behördenwillkür ausgesetzt. Dies kann auch von den Grünen nicht gewollt sein.

(Beifall bei SSW und FDP)

Letztlich gibt es keine Standardlösung der Energieproblematik. Es kommt auf eine nationale langfristige Strategie an, die ehrlich sagt, was möglich ist und was nicht und in welchen Zwischenschritten der Idealzustand in der Energieversorgung, den wir alle wollen, langfristig erreichbar ist. Ich bin mir sicher, dass wir für den Übergangszeitraum auf Kohle nicht verzichten können. Auch wenn wir das alle nicht schön finden, gibt es keine andere Wahl.

(Lars Harms)

(Beifall beim SSW und vereinzelt bei der CDU)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke dem Herrn Abgeordneten Harms. - Es liegen Meldungen zu Kurzbeiträgen vor. Zunächst hat der Herr Abgeordnete Karl-Martin Hentschel das Wort.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die großen Energiekonzerne versuchen mit zwei falschen Behauptungen zu erreichen, dass die Laufzeit von Atomkraftwerken verlängert und dass der Bau von Kohlekraftwerken genehmigt wird.

Erstens wird behauptet, dass zwischen 2020 und 2030, nach dem Abschalten der Atomkraftwerke, eine **Stromlücke** auftritt. Diese Lücke ist konstruiert, wie mittlerweile eine ganze Reihe wissenschaftlicher Institute, auch die Bundesnetzagentur, auch das Ministerium nachgewiesen haben. Sie ist auf folgende Weise konstruiert: Erstens hat man berechnet, der Energieverbrauch werde weiter steigen. Das widerspricht aber völlig den Energiesparzielen der EU und der Bundesregierung.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zweitens liegen die **Laufzeiten von Kohlekraftwerken** angeblich bei 40 bis 45 Jahren. Dies ist völlig falsch. In letzter Zeit liegen die Laufzeiten von Kohlekraftwerken bei über 50 beziehungsweise 55, teilweise bei 60 Jahren. Drittens wird vorgebracht, die gesicherte Leistung regenerativer Energien liege bei nur 5 %. Die Experten beispielsweise der Universität Kassel gehen aber davon aus, dass die gesicherten Leistungen bei den regenerativen Energien, wenn man ein großes Verbundnetz schafft und dieses ausbaut, tatsächlich bei mindestens 60 % liegen können.

Das sind die drei Falschaussagen, mit denen eine Stromlücke konstruiert worden ist. Darauf baut das Ganze auf.

Die zweite Behauptung lautet, es werde teurer. Der regenerative Verbund und die Universität Kassel haben dazu sehr gute Zahlen und wissenschaftliche Ergebnisse vorzulegen. Ich empfehle, diese einmal im Ausschuss zu beraten. Sie gehen davon aus, dass es in der Tat teurer wird, wenn wir kleine dezentrale Netze schaffen, so wie wir Grünen das früher gewollt haben. Darüber haben wir sehr lange diskutiert. Wir brauchen ein **europäisches Hochlei-**

stungsverbundnetz, um den regenerativen Strom quer durch Europa auszugleichen und damit zu guten Ergebnissen zu kommen. Dann sagen die Experten, dass der regenerative Verbund bereits ab 2015 günstigere **Preise** liefert als die fossilen Energieträger. Das heißt, wir werden ab 2015 auf dem Kohleweg teurer sein, als wenn wir heute schon mit aller Kraft in regenerative Energien investieren.

Das ist der zweite Fehler, der gemacht worden ist. Wir glauben, es wäre falsch, diesen Weg zu gehen.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heindl [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Meine Damen und Herren, der solare Weg ist möglich. Dieser besteht nicht aus einem Angebot, sondern aus einem **Mix** von Solarkraftwerken, Wasserkraftwerken, Windkraftwerken, Anlagen zur Kraft-Wärme-Kopplung und Biomasse-Kraftwerken, nur für Reststoffe und nicht verbunden mit Produktion vom Acker. Das sind die fünf Elemente eines **solaren Verbundes**, der Netzsicherheit gewährleistet. Das sechste entscheidende Element ist der Ausbau der transeuropäischen Netze, um ein Verbundsystem von südeuropäischen Solarkraftwerken, nord-europäischen Wasserkraftwerken und Windkraftwerken an den Meeren auszugleichen.

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Drei Minuten sind um, Herr Hentschel!

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ich komme zum Schluss. - Dieser Weg ist machbar. Wir müssen, wenn wir ein neues Haus bauen, alles in das neue Haus investieren. Jede Investition in das alte Haus fehlt uns beim Bau des neuen.

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Herr Hentschel!

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Lassen Sie uns deswegen den Weg in die Zukunft und nicht rückwärts gehen!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Herr Abgeordnete Hans-Jörn Arp das Wort.

Hans-Jörn Arp [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe diese Debatte als sehr angenehm empfunden. Das wird sicherlich auch noch nicht die letzte Debatte zu dem Thema gewesen sein. Dass mir die Beiträge von Herrn Garg angenehmer waren als andere, wird man auch verstehen. Ich denke, dies ist ein so wichtiges Thema, wenn es um den Standort Deutschland - nicht nur um Schleswig-Holstein - geht, dass man in aller Ehrlichkeit und Offenheit darüber diskutiert, was ich sehr begrüße.

Lieber Kollege Olaf Schulze, im Mai letzten Jahres haben Sie hier an diesem Rednerpult gesagt: Wir sehen es als SPD kritisch. Wir wollen aus klimapolitischen Gründen nicht unbedingt den Bau von weiteren Kohlekraftwerken vorantreiben. - Sie haben aber auch gesagt: Um einen **Kohlekraftwerksneubau** in kommen wir jetzt nicht umhin. - Das waren Ihre Worte. Wie soll nun ein Wirtschaftsministerium, eine Regierung, ein Parlament damit umgehen, wenn im Mai gesagt wird: „Jawohl, wir sind für eins!“, wenn die SPD sagt: "Jawohl, wir sehen auch die Arbeitsplätze!“, wenn Bundesumweltminister Gabriel in Brunsbüttel oder Dithmarschen sagt: „Ich verstehe die Demonstranten nicht, denn mit jedem Kohlekraftwerk, das wir jetzt nicht bauen, erhöhen wir den Druck auf die Verlängerung der Restlaufzeiten“? - Das, in aller Bescheidenheit, liebe Freundinnen und Freunde unserer gemeinsamen Koalition, muss glaubhaft, ehrlich und durchgehend sein, sonst bestehen wir gemeinsam eine so schwierige, für unser Land so wichtige Debatte nicht.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Es liege weitere Wortmeldungen zu Kurzbeiträgen vor. Zunächst erhält Herr Abgeordneter Konrad Nabel das Wort.

Konrad Nabel [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich fand den Beitrag des Kollegen Arp ausgesprochen angenehm, nimmt er doch etwas Schärfe aus der Diskussion, nimmt vielleicht auch ein wenig den Ärger über das hämische Lachen der Unwissenden hier zu Beginn der Diskussion, vielleicht auch in der Auseinandersetzung, die ich vorhin mit Herrn Matthiessen hatte. Es wird doch an manchen Stelle sehr emotional. Ich glaube nicht, dass es richtig ist, mit hämischem Lachen etwas kaschieren zu wollen. Es wäre auch richtig schlimm,

wenn die CDU meinte, Wissen und Kenntnis und daraus folgende Überzeugung seien statisch.

Meine Damen und Herren, wir haben hinzulernt. Es gab noch nie derartig umfassende **wissenschaftliche Erkenntnisse** und Schlussfolgerungen bezüglich des **Klimawandels** und der Schädlichkeit der klimarelevanten Gase. Das gab es noch nie in der gesamten Geschichte der Wissenschaft. Wenn wir dann dazulernt haben und Sie uns das zum Vorwurf machen und die Grünen versuchen, uns von der anderen Seite anzugreifen, dann werde ich ein bisschen böse. Ich bin auch Pädagoge und finde unter pädagogischen Aspekten diese Art der Auseinandersetzung falsch.

Wir haben eine Position entwickelt, die aus voller Überzeugung aus den Schlussfolgerungen des **IP-CC** entwickelt worden ist. Ich glaube, jeder muss dem anderen auch das Recht zubilligen, diese Überzeugung zu haben. Einen Satz von Professor Hohmeyer möchte ich Ihnen allen ins Gedächtnis rufen: Versuchen Sie einmal - hat er gesagt - in das Jahr 2050 zu denken! Tun Sie das zum Beispiel in Bezug auf **Brunsbüttel**, Herr Minister von Boetticher. Wenn wir das wollen, was bundesweit Gesetz ist - Vorrang alternativer Energien -, was auch europaweit gewollt ist, und da steht vielleicht ab 2015 oder 2020 - ich weiß nicht, wie lange die Genehmigungsverfahren und das Bauen dauern; das ist ja heutzutage nicht mehr so einfach - ein Kohlekraftwerk, das vielleicht 45 bis 55 Jahre laufen soll, und möchte gern Strom in das dicke Kabel leiten, in das aber zeitgleich aus den Offshore-Windkraftanlagen viel mehr Strom geleitet wird, dann steht Brunsbüttel da und sagt: Bitte, bitte! Ich möchte gern Strom einleiten! - Das ist eine grandiose **Fehlinvestition**, was da stattfindet. Das kommt auf die ganze Diskussion zum CO₂-Ausstoß noch obendrauf.

Das Zweite betrifft **CCS**, Speicherung von Kohlenstoffdioxid. Wir haben ein begrenztes Volumen zur Speicherung von irgendetwas. Ein Teil der Speicher wird zum Beispiel benötigt, um die nationale Gasreserve zu sichern. Es könnte auch sein, dass Menschen auf die Idee kommen, für den nicht ganz regelmäßig laufenden Windstrom Druckluft zu speichern, was, wie ich finde, viel sinnvoller wäre.

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Herr Kollege, die drei Minuten sind um.

Konrad Nabel [SPD]:

Ich komme gleich zum Schluss. - Da gibt es dann nicht nur eine Flächen- sondern auch eine **Kaver-**

(Konrad Nabel)

nenkonkurrenz. Ich finde, all diese Dinge muss man einbeziehen, bevor man anfängt, hämisch zu lachen oder sich wie Rumpelstilzchen anzustellen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Als Nächster erhält Herr Abgeordneter Olaf Schulze das Wort.

Olaf Schulze [SPD]:

Liebe Kollege Arp, ich freue mich darüber, dass meine Landtagsreden so lange gelesen werden und in Erinnerung bleiben. Ich habe damals gesagt, dass wir als SPD in Brunsbüttel im Wort stehen, dass dort weiterhin ein Energiestandort ist.

(Zuruf: Und ein Kohlekraftwerk gebaut wird!)

- Ich bin noch gar nicht fertig. Ich freue mich darüber, dass Sie so vorausschauend wissen, was ich sagen werde.

(Zuruf: Es ist nur nicht gefördert worden!)

- Ja - die Debatte hatten wir heute auch schon -, es ist nur nicht gefördert worden.

Ich habe aber auch gesagt, dass wir schon erwarten, dass dort auch eine **Kraft-Wärme-Kopplungsanlage** hinzukommt. Kraft-Wärme-Kopplung ist, was den jetzigen Stand betrifft, nicht geplant, glaube ich. Wenn Sie meiner Rede vorhin zugehört haben, werden Sie festgestellt haben, dass ich darin auch darauf hingewiesen habe, dass wir gerade im Bereich der Kraft-Wärme-Kopplung ein erhebliches **Potenzial** haben und diesen Weg weitergehen müssen. Wenn Sie meine Rede weiterverfolgt haben, werden Sie auch festgestellt haben, dass wir gesagt haben, wir sollten in Brunsbüttel auch darüber nachdenken, ob nicht vielleicht **Gaskraftwerke** der sinnvollere Weg sind.

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Erlauben Sie eine Zwischenfrage?

Olaf Schulze [SPD]:

Ja, selbstverständlich.

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Dann erhält Herr Abgeordneter Stritzl dazu das Wort. Wir werden die Zeit dafür stoppen; wir haben ja das neue System.

Thomas Stritzl [CDU]: Herr Kollege, habe ich Sie eben recht verstanden, dass Sie gesagt haben, dass Sie Kohlekraftwerke insbesondere dann akzeptieren, wenn sie mit Kraft-Wärme-Kopplungseinheiten einhergehen?

(Zuruf von der SPD: Aber hocheffizient!)

Die Frage ist beendet, und jetzt kommt die Antwort!

- Nein, sie ist nicht beendet. Ich wollte ihn auf die örtliche Situation der Landeshauptstadt hinweisen und fragen, ob wir seine Unterstützung hätten für den Fall, dass es hier zu einem Kohlekraftwerksneubau mit Kraft-Wärme-Kopplung käme.

Olaf Schulze [SPD]:

Die Kraft-Wärme-Kopplung ist immer der günstigere Weg, weil er wesentlich effizienter ist. Zu dem, was Sie hier immer bringen, indem Sie sagen, dass die neuen Kraftwerke wesentlich effizienter sind als die alten und dadurch der CO₂-Ausstoß dermaßen stark gesenkt wird, dass wir mit diesen neuen Kohlekraftwerken dann die CO₂-Minderung nach vorn bringen - bis jetzt habe ich von Herrn Ritzek auch noch nicht gehört, welche älteren Kraftwerke abgeschaltet werden sollen: Es ist so, dass wir immer gesagt haben, dass wir erwarten, dass, wenn **neue Kohlekraftwerke** gebaut werden, dann eine **Kraft-Wärme-Kopplung** hinzukommt, wie zum Beispiel in **Moorburg**, wozu Sie ja jetzt auch sagen, dass sie das anscheinend nicht mehr wollen, was uns ja sehr freut. Wir sagen aber, dass wir in der Kohle nicht die Zukunft sehen und dass wir in der Zukunft - das ist das, was ich vorhin gesagt habe -, also im Jahre 2020 nicht mehr der Energiestandort sein können beziehungsweise nicht die Energieerzeugung mit Kohle stattfinden kann, sondern es hier andere, regenerative Energien gibt.

(Thomas Stritzl [CDU]: Ich habe etwas anderes gefragt!)

Ich habe Ihnen geantwortet, dass, wenn es um Kohlekraftwerke geht, wir uns dies nur mit Kraft-Wärme-Kopplung vorstellen können.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wenn Sie keine Kohle wollen, ist die Kraft-Wärme-Kopplung auch egal!)

(Olaf Schulze)

Dass wir keine Kohlekraftwerke wollen, ist klar, Herr Kubicki. Aber dass wir uns heute nicht hinstellen und jeden Schalter umlegen können, ist wie beim Atomausstieg. Wir sagen auch, dass wir keine Atomkraft wollen. Wir haben ein Atomausstieggesetz, in dem geregelt ist, wie wir aussteigen. Genauso können wir es mit der Kohle regeln. Nur wenn wir jetzt sagen, wir wollen neue Kohlekraftwerke, wird es sehr schwierig, einen Kohleausstieg hinzubekommen. Aber das brauche ich Ihnen nicht zu sagen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich darf noch einmal darauf hinweisen, dass wir ein geordnetes Verfahren haben und kein Zwiesgespräch führen. Dafür ist der Ausschuss zuständig.

Als Nächstes hat Herr Abgeordneter Bernd Schröder das Wort.

Bernd Schröder [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Heute Mittag hatte ich das Glück, bei einer Besuchergruppe zu sein, wie wir das alle öfter einmal machen. Da waren junge Leute, die wunderten sich darüber, dass man eine Stunde lang über ein Thema sprechen kann und alle die gleiche Meinung haben. Peter Lehnert und ich haben ihnen dann erklärt, wie das zusammenhängt. Wir haben ihnen aber auch deutlich gemacht, dass die Beratung um 15 Uhr mit Sicherheit auch so lange dauern wird, dass das Thema aber nicht so ruhig und mit einer Meinung abgehandelt werden wird. Leider ist diese Gruppe jetzt weg, sodass sie das nicht mehr miterleben kann.

(Zuruf von der FDP)

- Ja gut, das spielt jetzt keine Rolle. Sie hatten dazu auch Ihre entsprechende Meinung.

Es ist schade, dass sie jetzt nicht mehr mit dabei sind. Das ist aber genau die Frage nach der Meinung der verschiedenen Fraktionen zu den einzelnen Themen, danach, wofür sie stehen. Das Spektrum bei AKW, bei Kohlekraft oder all den alternativen Energieformen ist in der Diskussion sehr deutlich geworden.

Diese Diskussion geht auch innerhalb der Koalitionsfraktionen sehr weit auseinander, von einem Beschluss, der auch für uns etwas überraschend kam, Kollege Arp, neue Atomkraftwerke zu bauen - das ist das eine Extrem -, und dem anderen Extrem, das

eben in der Diskussion deutlich geworden ist, mit regenerativen Energien für die Zukunft gewappnet sein zu wollen. Diese Diskussion und der Weg dorthin, um das Ziel nach Möglichkeit zu erreichen, ist das, was Grundlage für unser politisches Handeln und für die Diskussion ist. Dass es da Unterschiede gibt, ist völlig normal.

Damit hier keine Legendenbildung einsetzt: Wir Sozialdemokraten stehen zu unserem Wort, was den **Standort Brunsbüttel** angeht. Aber es ist doch bitte schön legitim zu sagen, dass wir, wenn das **AKW** abgeschaltet wird, dann für qualifizierte **Alternativarbeitsplätze** in der **Region** stehen, dass wir für einen Energiestandort als Alternative stehen. Niemand hat hier gesagt, wir würden das Kohlekraftwerk dort bekämpfen oder wir forderten die Regierung auf, das zu verhindern. Das ist nicht der Punkt, beim allerbesten Willen nicht. Wir haben das klipp und klar öffentlich ausgesprochen. Deshalb sage ich das, liebe Kolleginnen und Kollegen, weil wir in wenigen Tagen Kommunalwahl haben. Es ist aber doch wohl auch legitim, all das zu diskutieren, was Experten in die Diskussion mit eingebracht haben, um den Weg aufzuzeigen, der in Zukunft für uns alle gemeinsam der beste Weg sein könnte. Dazu gehört aber auch die Sicherung der Arbeitsplätze dort in der Region.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat Herr Abgeordneter Dr. Johann Wadepful.

Dr. Johann Wadepful [CDU]:

Frau Präsidentin! Ich bin dankbar für die Klarstellung, die der Kollege Schröder gerade eben vorgenommen hat. Ich wäre auch sehr dankbar, wenn wir innerhalb der Koalition klären könnten, ob - was ich sehr hoffe - dies auch die gemeinsame Position der SPD-Fraktion ist.

Herr Kollege Schulze, ich darf Ihnen noch einmal vorlesen, was Sie im letzten Jahr gesagt haben. Das ist der Punkt, den der Kollege Arp vorhin angesprochen hat. Wörtlich hieß es damals:

„Im zweiten Punkt des Antrages der Grünen wird die Landesregierung aufgefordert, keine Grundstücksverkäufe für die Errichtung von Kohlekraftwerken zu tätigen. Dies geht klar gegen die Absicht, den Energiestandort Brunsbüttel zu erhalten und zu stärken. Für

(Dr. Johann Wadephul)

meine Fraktion erkläre ich dazu klar: Wir stehen zu unserer Zusage; Brunsbüttel braucht nach Abschalten des Atomkraftwerkes ein modernes Kohlekraftwerk ...“

Weitere Einschränkungen hat es bei Ihnen damals nicht gegeben. Ich gehe davon aus, dass das nach wie vor - nach den Klarstellungen des Kollegen Schröder - Ihre Position ist.

Ich sage: Wir können uns an manchen Punkten - das ist ganz normal innerhalb einer Großen Koalition - auch darauf einlassen - das erleben wir gerade während dieser Plenartagung an manchen Tagesordnungspunkten -, dass es hier und da nach wie vor - das ist eigentlich auch gut so - Unterschiede zwischen den großen Volksparteien gibt.

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Olaf Schulze?

Dr. Johann Wadephul [CDU]:

Ich muss mit meiner mittleren Begabung versuchen, erst einmal den Gedankengang zu Ende zu führen, weil das nicht ganz unwichtig ist. Ich bitte um Nachsicht. Danach können wir dazu noch einmal kommen.

Aber Grundlage gerade in der Energiepolitik, in der es manche Erschwernisse gegeben hat und wo wir viele Diskussionen hatten, war bisher - darauf hat die Sozialdemokratie wahrscheinlich auch mit Recht gepocht und auch den einen oder anderen bei uns kritisiert -, der **Energiekonsens**. Der bezog sich auf die **Atomenergie** und implizierte natürlich, dass wir uns mit einer möglichst sauberen und CO₂-vermeidenden oder was auch immer für eine Technologie auf **Kohleenergie** verlassen können. Wenn diese gemeinsame Grundlage in der Großen Koalition verlassen wird, dann ist das eine andere Frage, als wenn wir uns über andere kleine Fragen, die ich an dieser Stelle gar nicht marginalisieren möchte, streiten. Das geht dann schon an eine wichtige, zentrale energiepolitische aber auch industriepolitische Frage für Schleswig-Holstein heran. Es liegt mir sehr daran, dass wir hierzu eine klare Positionierung innerhalb der Großen Koalition hinbekommen.

(Beifall bei CDU und SPD)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat Frau Abgeordnete Monika Heinold.

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir freuen uns über die Positionsänderung der SPD, dass die SPD hier so deutlich sagt, dass sie gegen Kohlekraftwerke ist, wie es der Parteitag auch beschlossen hat. Es geht aber nicht, dass Sie das, was Sie hier sagen, nicht umsetzen, indem Sie nicht so handeln.

(Konrad Nabel [SPD]: Sagen Sie doch einmal, welche Handlungsoptionen wir hätten, liebe Kollegin!)

Da erinnere ich noch einmal an gestern Abend in Brunsbüttel. Sie haben hier im Landtag die Grundlage für ein neues Kohlekraftwerk gelegt, indem Sie zugestimmt haben, dass das **Landesgrundstück in Brunsbüttel** genau dafür verkauft wird.

(Konrad Nabel [SPD]: Ein Energiestandort und nicht ein Grundstück für ein Kohlekraftwerk wird verkauft!)

- Natürlich, das ist so. Herr Nabel, dann kommen Sie nach vorn und erklären das noch einmal.

(Konrad Nabel [SPD]: Ich war schon da!)

Das Grundstück in Brunsbüttel ist extra zu diesem Zweck verkauft worden, mit den Stimmen der SPD.

Die SPD - so meine Erinnerung - hat in der letzten Debatte nicht gesagt, dass sie das nur auf Bitten der CDU tut, sondern unter anderem - das ist eben noch einmal erwähnt worden -, um ihrer Meinung nach den **Energiestandort Brunsbüttel** zu stärken.

Ich sage: Man muss sich entscheiden. Entweder man ist für die Kohlekraftwerke oder man ist dagegen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Aber man kann doch nicht in schönen Sonntagsreden dagegen sein, und wenn es um die praktischen Beschlüsse geht, ist man dafür. Das werden die Bürgerinnen und Bürger nicht verstehen. Wir sagen: Wir sind gegen den Neubau von Kohlekraftwerken und wir handeln auch dementsprechend.

(Konrad Nabel [SPD]: Aha!)

- Wir handeln auch dementsprechend. Sie haben wahrscheinlich mitbekommen, wie die Verhandlungen in Hamburg laufen. Das haben Sie mitbekommen.

(Zurufe)

(Monika Heinold)

Wir werden alle miteinander sehen und selbst sehr kritisch verfolgen, wie das ausgeht.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Oppositionsführer, Herr Abgeordneter Wolfgang Kubicki.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich als ebenfalls mittelmäßig begabter Mensch bin hier geblieben, um die Debatte wirklich sehr sorgfältig zu verfolgen, und ich bin verwirrter als jemals zuvor.

(Lachen bei der CDU)

Herr Kollege Wadephul, wenn ich das einmal sagen darf: Ich finde es ausgesprochen nobel von Ihnen, wenn Sie als Fraktionsvorsitzender der CDU feststellen, was die SPD eigentlich meint.

(Beifall bei der FDP)

Mir wäre es aber lieber, ich würde erfahren, was die SPD wirklich meint.

(Beifall bei der FDP)

Ich habe heute zwei komplett unterschiedliche Reden wahrgenommen. Die erste Rede hatte zum Inhalt, dass sich die Sozialdemokraten aus grundsätzlichen Erwägungen heraus dafür entschieden haben - das möchte ich gar nicht weiter bewerten -, dass es keine weiteren Kohlekraftwerke in Schleswig-Holstein geben soll, wegen klimapolitischer grundsätzlicher Erwägungen, CO₂-Minderung und anderes mehr. Dann habe ich den Kollegen Schröder gehört, der gesagt hat, aus grundsätzlichen anderen politischen Erwägungen heraus, auch im Hinblick auf die Beschäftigten, bekenne man sich zum Kohlekraftwerk in Brunsbüttel.

Ich würde jetzt wirklich gern wissen - und nicht nur ich, sondern wahrscheinlich auch die schleswig-holsteinische Öffentlichkeit -, ob die Sozialdemokraten dieses Landes das Kohlekraftwerk in Brunsbüttel wollen oder ob sie es nicht wollen.

(Beifall bei der FDP sowie vereinzelt bei CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Beides gleichzeitig geht nicht. Ich wäre dankbar - bedauerlicherweise ist ja der von mir sehr geschätzte Fraktionsvorsitzende der SPD in anderer Mission unterwegs und kann deshalb keine abschließende

Erklärung für die Sozialdemokraten dazu abgeben -, wenn ein Verantwortlicher, den es dafür in der SPD doch wohl geben wird, die **unterschiedlichen Auffassungen** auf einen Punkt bringen könnte, sodass das Haus und die Bevölkerung wissen, worauf sie sich einstellen sollen.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

- Kollege Nabel, jeder von Ihnen kann sich noch einmal drei Minuten zu Wort melden. Es wäre wirklich ein Ausweis von Redlichkeit - auch sich selbst gegenüber -, wenn Sie klarstellen würden, wie die abschließende Haltung der SPD-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag zum Kohlekraftwerk in Brunsbüttel ist.

(Beifall bei der FDP - Dr. Heiner Garg [FDP]: Die ganze Führungsspitze fehlt! - Weitere Zurufe)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Für die Landesregierung hat nun der Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr, Herr Dietrich Austermann, das Wort.

Dietrich Austermann, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte das Haus zunächst über eine Entscheidung unterrichten, die gestern Abend in der **Stadtvertretung Brunsbüttel** getroffen worden ist. Die Stadtvertretung hat sich mit eindeutiger Mehrheit der beiden großen Parteien dafür entschieden, einen Satzungsbeschluss für einen **Bebauungsplan** zu fassen, der die Errichtung eines großen **Kraftwerks von 1.800 MW** ermöglicht. Diesem Satzungsbeschluss ist der Abschluss eines Durchführungsvertrages mit der Firma SWS vorangegangen, einer Firma, die sich entschieden hat, in Schleswig-Holstein ein großes Kraftwerk zu bauen. Dies möchte sie unter Beteiligung vieler Stadtwerke tun. Darunter sind auch drei Stadtwerke aus Schleswig-Holstein und die Beschlüsse der betreffenden Kommunalvertretungen liegen vor.

Die Geschäftsführerin der SWS hat mir heute -

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Welche meinen Sie?)

- das können Sie, Herr Matthiessen, der Zeitung entnehmen - mitgeteilt, dass sie die Investitionsentscheidung, die auf Gesellschafterbeschlüssen vom

(Minister Dietrich Austermann)

11. März dieses Jahres und auf dem Optionsvertrag, den CDU, SPD und FDP hier im Landtag gebilligt haben, beruht, für Brunsbüttel getroffen haben, weil hier verlässliche Rahmenbedingungen herrschen. Ich sage dies insbesondere vor dem Hintergrund des einen oder anderen Debattenbeitrags: **Verlässliche Rahmenbedingungen** bedeutet, dass Entscheidungen getroffen werden und der Rechtsrahmen für diese Entscheidungen basiert unter anderem auf Änderungen des Bundes-Immissionsschutzgesetz, das zu Zeiten von Rot-Grün in Berlin verabschiedet worden ist.

Jedes Unternehmen, das im Rahmen eines Baugebiets heute ein Kohlekraftwerk errichten will, muss im Rahmen eines gebundenen Genehmigungsverfahrens dafür eine **Genehmigung** bekommen. Also, jemand, der sagt, er könne die **Rechtslage** aufgrund irgendeines Beschlusses ändern, der irrt. Ich sage das hier so deutlich, weil wir hier nicht den Eindruck erwecken dürfen, man könnte praktisch mit einem Federstrich bestimmte Voraussetzungen verändern. Mir bereitet es auch Sorge, dass der eine oder andere Debattenbeitrag folgenden Eindruck erwecken wollte: Derjenige, der für Kohlekraftwerke ist, ist ein böser Bube. Er versündigt sich an der Umwelt. Er tut etwas Schädliches und deshalb ist er politisch nicht wählbar. - Wir befinden uns schließlich gerade im Kommunalwahlkampf und da hat die eine oder andere Aussage mehr oder weniger Gewicht.

Manchmal steht auf Plakaten, dass Kernkraft und CO₂ lebensgefährlich sind. Erstens. In Kiel will niemand ein Kernkraftwerk bauen. Zweitens. CO₂ ist nur bedingt lebensgefährlich. Der Kollege Matthiessen hat während seiner Rede 80 g CO₂ ausgeschieden. Das tue ich und tun viele andere möglicherweise auch. Aber ohne CO₂ gibt es kein Leben. Denn Pflanzen brauchen CO₂, damit sie existieren können.

(Beifall bei CDU und FDP)

Sie können also davon ausgehen, dass wir in der Regierung Entscheidungen in voller Verantwortung für die Natur, für den Lebensschutz und für die Menschen treffen, und Sie können auch davon ausgehen, dass wir diese Entscheidungen umsetzen.

Nun möchte ich auf die einzelnen Fragen, die gestellt wurden, antworten. - Das jetzt **geplante Kohlekraftwerk in Brunsbüttel** - vielleicht wird es noch ein zweites geben - wird das modernste in ganz Deutschland sein. Es wird 1,5 Millionen t CO₂ bei einem anderen Kohlekraftwerk in Deutschland einsparen. Es gibt eine Liste für die Laufzeiten von

Kohlekraftwerken in Deutschland und bis zum Jahre 2020 werden 40 MW alte Leistung vom Netz gehen - - -

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nein, das ist falsch!)

- Natürlich, Herr Hentschel. Es hat keine einzige Zahl von denen, die Sie vorgetragen haben, gestimmt.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das ist immer so!)

Es hat weder eine Zahl noch eine Behauptung gestimmt.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die stammen von der Bundesregierung!)

Wenn Sie es unbedingt wollen,

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Er will das!)

dann will ich eine Aussage von Bundesumweltminister Gabriel zitieren, die er am 19. März in Brunsbüttel getätigt hat:

„Ich verstehe die Demonstranten nicht, schüttelte Sigmar Gabriel den Kopf. Die Zahl der deutschen Kohlekraftwerke habe doch nichts mit der Menge an Kohlendioxid zu tun, schließlich sei dafür eine Emissionsberechtigung notwendig. Jeder könne sein Kraftwerk bauen. Er müsse nur erklären, woher diese Berechtigung komme. Der Minister: Wir brauchen neue Kohlekraftwerke, um alte Standorte stillzulegen.“

Und an anderer Stelle heißt es:

„Wenn wir keine Kohlkraftwerke wollen, dann müssten wir Gas nehmen. Das wird viel teurer. Außerdem steigert die Antikohlepolitik nur den Druck auf verlängerte Laufzeiten ...“

Das sagt die Bundesregierung. Insofern können Sie doch nicht sagen, dass die Bundesregierung zu diesem Thema etwas anderes sagt. Nein, Herr Hentschel, diese Bundesregierung ist für moderne Kohlekraftwerke, weil die modernen - -

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich meine die Zahlen, Herr Minister!)

- Jetzt werden es schon 90 g CO₂, Herr Hentschel.

(Beifall und Heiterkeit bei CDU und FDP)

(Minister Dietrich Austermann)

Die modernen Kohlekraftwerke bewirken nämlich genau das, was wir erreichen wollen: weniger CO₂-Ausstoß.

Ich bitte auch, es zu unterlassen, das **IPCC** falsch zu zitieren. Wenn Sie schon den Chef des IPCC zitieren - das ist der, der den Nobelpreis bekommen hat -, dann müssen Sie ihn auch richtig zitieren. Er ist nämlich für moderne Kernkraftwerke. Er wird richtig zitiert, wenn behauptet wird, dass wir neue leistungsfähige Kohlekraftwerke brauchen und dass CCS eine Technologie der Zukunft ist. Genau das sagt IPCC. Erzählen Sie doch nicht, dass die Leute gegen Kohlekraftwerke sind. Herr Hohmeyer hat an dieser Stelle eine andere Auffassung, aber er ist nicht das IPCC. Das bitte ich endlich einmal zur Kenntnis zu nehmen.

(Beifall bei der CDU)

Ich wollte deutlich machen, was in **Brunsbüttel** entsteht. Es entsteht ein **Kohlekraftwerk** mit einem **Wirkungsgrad** von 47 %. Die in Deutschland laufenden Kohlekraftwerke haben Wirkungsgrade von 30 bis 38 %. Allein aufgrund dieser **höheren Effizienz** wird erreicht, dass 1,5 Millionen t CO₂ eingespart werden.

(Konrad Nabel [SPD]: Gaskraftwerke hätten 68 %)

- Ich glaube, ich muss jetzt nicht noch einmal Herrn Gabriel zitieren. Wenn sie es wünschen, kann ich es aber gern machen.

(Heiterkeit bei der CDU)

Jetzt komme ich auf **Hamburg** zu sprechen. Die SPD hat übrigens gesagt, dass sie zu diesen Konditionen auch der Koalition zugestimmt hätte. Herr Egloff hat gesagt: Natürlich war auch die SPD für **Moorburg**. - Vor den Wahlen hat es sich zwar anders angehört, aber nach den Wahlen war er auch für Moorburg. Jetzt warte ich natürlich voller Freude, dass die von mir sehr geschätzte Kollegin Hayduk als zuständige Senatorin das Kraftwerk in Moorburg wird genehmigen müssen. Sie kann rechtlich nämlich gar nicht anders. Dann werden auch die Grünen ein 1.600-MW-Kraftwerk genehmigen müssen. Das ist die Situation.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das wird wie beim Thema Afghanistan!)

Ich habe vorhin schon gesagt: Natürlich ist CO₂ in diesem Ausmaß nicht umweltfreundlich. Deswegen verfolgen wir die **CCS-Technologie**. Ich habe erst heute ein Schreiben von dem Unternehmen bekommen, das 3 Milliarden € investieren will. Das wird

wahrscheinlich die größte Baustelle in Europa sein und dies wird natürlich auch positive Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt haben.

(Beifall bei der CDU)

Nebenan wollen sie das Grundstück von uns haben, um dort die CCS-Technologie zu realisieren und mögliche Abwärmekopplung in andere Produktionsbetriebe leiten zu können. Also, genau das, was wir wollen, ist dort vorgesehen. Wir wollen eine höhere Effizienz. Wir wollen eine höhere Effizienz also nicht nur durch modernere Kraftwerke, sondern wir wollen die Effizienz auch steigern, indem man Dampf oder Energie auskoppelt und damit andere Produktionsanlagen betreibt.

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel? - Bitte schön.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herr Minister, Sie haben eben gesagt, dass Sie davon ausgehen, dass bis 2020 20 GW in Kohlekraftwerken stillgelegt werden. Wie erklären Sie sich, dass die Bundesnetzagentur davon ausgeht, dass aufgrund der längeren Laufzeiten nur 2,4 GW - das ist ein Achtel - stillgelegt werden?

Dietrich Austermann, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr:

Ich bin Mitglied des Beirats der Bundesnetzagentur, und der Chef der Bundesnetzagentur hat vor wenigen Wochen davor gewarnt, dass in diesem Sommer ein **Stromengpass** entstehen könnte. Möglicherweise ist Ihnen das entgangen. Das galt für diesen Sommer und nicht für 2020. Wenn die Entwicklung so weitergeht und entsprechende Mengen vom Netz genommen werden, bedeutet das, dass die Lage von Jahr zu Jahr eher dramatischer wird. Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass wir **neue Technologien** unterstützen. Ich glaube, es gibt kein Bundesland, das so viel für erneuerbare Energien tut wie dieses Bundesland und es gibt wohl auch keine andere Landesregierung, die so viel tut wie diese Landesregierung.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wenn ich gerade von 20.000 MW gesprochen habe, dann habe ich mich versprochen. 40.000 MW Leistung aus Kohle gehen vom Netz und 22.000 MW Leistung aus Kernenergie gehen bis zum Jahre 2020 vom Netz. Das

(Minister Dietrich Austermann)

macht zusammen über 60.000 MW, die vom Netz gehen. Diese Leistung muss ersetzt werden. Das werden Sie nicht mit Biomasseanlagen oder kleinen dezentralen Anlagen schaffen. Dies können Sie nur erreichen, wenn Sie Anlagen im großtechnischen Maßstab bauen.

Man sollte deutlich machen, dass es bei der Überlegung, lange, große Netze einzurichten, vor Ort immer Schwierigkeiten gibt. Wer war denn gegen die neue Leitung in Norwegen?

(Beifall bei CDU und FDP)

Wer war denn gegen die Leitung, die wir jetzt in Nordfriesland bauen wollen? Wer ist denn gegen ein großes Leitungsnetz, das wir an anderer Stelle in Deutschland und Schleswig-Holstein bauen? - Überall kommen Bedenken und Verzögerungen, sodass das Supergrid gar nicht gemacht werden kann.

Wir als Landesregierung haben jetzt eine Initiative gestartet, die in die Richtung geht, in Schleswig-Holstein Wasserstrom aus Norwegen und aus Schweden über Dänemark mit Windstrom und Wasserstrom aus der Schweiz zu verbinden. Dafür brauchen Sie 800 km neues Gleichspannungsnetz, das Sie erst einmal errichten müssen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Ich bin ziemlich sicher: Wenn das erste Planfeststellungsverfahren kommt, stehen Sie auf den Barrikaden und sagen: Das geht aber nicht, hier wird die Landschaft verschandelt.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Das tun sie ja schon!)

Man sollte ehrlich miteinander reden und die Dinge nicht beschreiben.

Überhaupt: Dinosaurier-Technologie. Es gibt natürlich auch Dinosaurier-Denken.

(Heiterkeit bei der CDU)

Sie wissen, die Dinosaurier haben alles Grün aufgefressen, bis nichts mehr da war und bis sie ausgestorben sind.

(Heiterkeit bei der CDU)

Man muss überlegen, was man sagt.

(Zurufe der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Ich habe von Ihnen keine einzige naturwissenschaftliche Darlegung gehört, die das, was ich bisher gesagt habe, und das, was die Landesregierung gemeinschaftlich vertritt, widerlegt hätte. Das Problem ist nämlich, dass Sie jahrelang bestimmte Behauptungen aufgestellt haben, die durch nichts belegt waren. Weil die Debatte jetzt offener wird, weil wir genau über Konsequenzen und reale Möglichkeiten diskutieren, wird endlich deutlich, dass Sie Nebelschwaden verbreitet haben, hinter denen nichts verborgen war. Sie malen Dinge an die Wand, die es so nicht gibt.

(Beifall bei der CDU - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Meine Zahlen stimmen mit denen der Bundesregierung überein!)

Die Zahlen stimmen alle. Sie sind nachprüfbar und belastbar.

Ich habe Ihnen genau gesagt, wie groß der CO₂-Ausstoß sein wird. Sie können davon ausgehen, dass mit den Maßnahmen, die diese Landesregierung jetzt im Hinblick auf die Energieerzeugung treffen wird, Schleswig-Holstein, das ein Reinluftgebiet ist, auch ein Reinluftgebiet bleiben wird, in dem man messen kann, an welcher Stelle was an Schadstoffen herauskommt, was in welchem Gebiet auftaucht.

Ich würde mich freuen, wenn Sie, wenn es darum geht, CO₂ zu vermeiden, CO₂ abzuscheiden, Gelände zu eruiieren, auf dem wir CO₂ deponieren können, dabei wären.

Ich berichte jetzt einmal, weil das den meisten nicht bekannt ist, wie das Verfahren bisher gelaufen ist. Wir haben alle Parlamentarier über alle Parteien hinweg zu einer Informationsveranstaltung eingeladen. Der Abgeordnete Matthiessen der Grünen war auf der Veranstaltung da. Wir haben erläutert, wie das mit der **CCS-Deponierung** stattfinden soll. Er hat sich zu Wort gemeldet und gesagt: „Ein großartiger Vorschlag.“ Am nächsten Tag gab es eine EU-Richtlinie zu diesem Sachverhalt, die genau das fordert, was wir machen.

(Zuruf)

- Es kann sein, dass das Wort hat nicht „großartig“, sondern „prima“ oder so ähnlich gelaute hat. Jedenfalls war es eine positive Wertung. - Am nächsten Tag kam ein anderer Vorschlag. Offensichtlich kam das Kommando: „Zurück!“ Herr Matthiessen hat gezeißelt, dass ein Irrweg bestritten wird, dass das alles falsch ist. - Wie soll ich denn mit solchen Positionen gemeinsame Energiepolitik machen,

(Minister Dietrich Austermann)

Herr Matthiessen? Das funktioniert doch hinten und vorn nicht.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das wollen Sie doch gar nicht!)

Wir müssen uns doch, wenn wir uns auf Themen einigen, diese Themen auch gemeinsam besprechen.

(Beifall bei der CDU und des Abgeordneten Jürgen Weber [SPD] - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie erzählen heute etwas, was hinterher dementiert wird! Sie verstehen alles falsch, nicht nur uns!)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Herr Hentschel, ich darf noch einmal bitten: Keinen Dialog!

Dietrich Austermann, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr:

Herr Hentschel, wir können gern eine Fragestunde machen. Das Instrument soll es ja geben. Dann werde ich Ihnen die Fragen auch beantworten. Dazwischenrufen bringt nichts, insbesondere dann nicht, wenn es nicht verständlich ist.

Wer auch immer glaubt, eine Politik machen zu können, die heute ein sofortiges Umschalten in ausschließlich erneuerbare Energien ermöglicht, ist auf dem Irrweg. Die Debatte um das Thema Biosprit in den letzten Wochen hat deutlich gemacht, dass es Patentlösungen nicht gibt. Wir brauchen längere Zeit. Diese Landesregierung ist auf der Basis der früheren Landesregierung dabei, diesen Weg im Bereich Windenergie, im Bereich Wasserstoffenergie und im Bereich anderer Energie zu beschreiten. Aber von einem Tag auf den anderen ist das nicht möglich.

Ich sage Ihnen jetzt, was im letzten Jahr stattgefunden hat, um zu der These: „Es gibt genügend Strom“, richtig Stellung genommen wird. Im letzten Jahr waren zwei Kernkraftwerke nicht am Netz. Wir haben bei den Stromunternehmen gefragt: Wo holt ihr euren Strom her? - Der Strom, der in Deutschland als Ersatz an die Stelle des hier erzeugten Stroms gebraucht worden ist, kam aus einem Kernkraftwerk in Tschechien - Sie kennen das; der Name ist ein Begriff, ein Synonym für „besonders qualifiziertes Bauen im Strombereich“ geworden -, und aus einem Kernkraftwerk in Frankreich und in bescheidenem Maß aus Wasserkraft in Norwegen. Ich glaube nicht, dass das - Wasserkraft ja,

im Übrigen aber nicht - die Zukunft ist, die Sie und die wir alle hier wollen.

Ich denke, dass war heute ein guter Tag für die Energieversorgung, ein guter Tag für neue Arbeitsplätze und für Wirtschaftsansiedlungen. Ich hoffe, es wird auch ein Tag, an dem deutlich wird, dass es ein Tag der Verlässlichkeit, der Handlungsfähigkeit der Regierung ist.

(Anhaltender Beifall bei CDU, FDP und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke dem Herrn Minister. - Wir haben eine neu entstandene Redezeit. Das hat mich dazu gebracht, einen solchen Beitrag auch einmal durchgängig laufen zu lassen. Das Recht hat ein Minister auch. Die neu entstandene Zeit ist nach § 56 Abs. 6 der Geschäftsordnung dreieinhalb Minuten. Ich habe zwar zwei Wortbeiträge, zunächst den Herrn Abgeordneten Matthiessen. Wir berechnen das zunächst auf diese Zeit.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nein, nein, das ist ein Dreiminutenbeitrag! - Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Doch, doch!)

- Es wäre schön, wenn er das selber gesagt hätte, wenn er weiß, was er will.

(Heiterkeit bei der CDU- Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Frau Präsidentin, ich mache hier einen Dreiminutenbeitrag, wenn es recht ist! Dazu hatte ich mich auch gemeldet!)

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Minister, Ihren Theorien der Substitution der stillliegenden Atomkraftwerke, Biblis A, Biblis B, Krümmel und Brunsbüttel im letzten Jahr, nämlich, dass ein tschechisches Atomkraftwerk als Substitut hat herangezogen werden müssen, erstaunt mich zumindest vor dem Hintergrund, dass wir im Jahr 2007 19 TW/h Strom exportiert haben und dass wir zum Zeitpunkt der höchsten Lastspitze im gesamten Netz immer noch 2.000 MW Leistung zur Verfügung hatten, die für den Export zur Verfügung gestellt worden sind. Vor dem Hintergrund ist es naturwissenschaftlich erstaunlich, dass Sie sagen, es sei von außen importiert worden, um das zu substituieren.

(Detlef Matthiessen)

Die Zeit ist nicht so üppig. Ich möchte trotzdem gern Folgendes wissen. Ich habe eine Erklärung des Ministers vermisst: Das Kohlekraftwerk in Brunsbüttel wird in CCS-Technik gebaut.

(Zuruf)

- Ich habe nicht gehört, dass dieses Kraftwerk verbindlich in **CCS-Technik** gebaut wird.

Ich sage Ihnen einmal, was CCS-Technik bedeutet.

Erstens. Es muss funktionieren.

(Lachen bei CDU und FDP)

Ich habe selber - was ist daran lächerlich? - im Rahmen meiner energiepolitischen Gespräche eine Veranstaltung nur zu CCS gemacht. Professor Wallmann vom Leibniz-Institut sagt: Es geht.

Ich war am Dienstag auf Einladung von E.ON-Kraftwerke mit dem Vorstandsvorsitzenden auf der Hannover-Messe auf einem Podium. Da hat Herr Dr. Luge gesagt: Aus seiner Sicht funktioniert es nicht. - Das sind zwei verschiedene Dinge. Ich glaube, Sie sind auf diesem naturwissenschaftlichen Gebiet auch nicht schlauer als ich.

Zweitens. Es kostet beim Einbau, wenn es denn funktioniert.

Drittens. Es senkt den Wirkungsgrad um Prozentpunkte. Wir landen sozusagen beim Stand der Altkraftwerke.

(Konrad Nabel [SPD]: 28 %!)

- Oder um noch mehr; das weiß ich jetzt nicht. Aber es wird um mindestens die Größenordnung gesenkt, die wir uns technisch verbessern. Diese Verbesserung ist ja ein Legitimationsargument, um jetzt in den Kohlekraftwerksbau einzusteigen. Die neuen sparen gegenüber den alten angeblich ja soviel CO₂.

Energie muss transportiert werden. Energie muss verpresst werden. Wir brauchen ein **Lager**. Dafür wird eine Müllgebühr verlangt. Wir dürfen in diesem Lager keine Flüchtigkeit haben. Eine Flüchtigkeit von beispielsweise 2 % würde im Laufe der Zeit den Effekt wieder zunichte machen.

Ich habe nichts gegen die Forschung von CCS-Technik. Insofern haben Sie mich richtig zitiert. Ich habe den RWE-Dea-Leuten gesagt: „Ich finde es gut, dass daran geforscht wird, und das begeistert mich. Ich bin ein Technikfreak und Wissenschaftsnarr.“ Wenn wir die CCS-Technik zur Verfügung haben und sie nutzen, um neu aus der Erde herausgeholt Kohlestoffatome in Form von CO₂ abzulagern -

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Die drei Minuten sind um.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

- ich befinde mich im letzten Satz -, dann schieben wir kommenden Generationen einen Riegel zur Nutzung von CCS-Technik für Biomasse vor, weil dann die vorhandenen Lager für eine echte CO₂-Senke verstopft sein werden. Nur so können kommende Generationen überhaupt die Chance haben, CO₂ aus der Atmosphäre in hochkonzentrierter Form herunterzufahren.

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Weil wir den kommenden Generationen neben dem schon vorhandenen Klimaschaden und neben Atomlagern dritte Ewigkeitskosten in Form von verstopften CO₂-Lagern hinterlassen, bin ich gegen dieses Prinzip. Diese Generationen haben dann gar keine Chance mehr.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Zu einem weiteren Wortbeitrag hat Herr Dr. Garg das Wort. Er wird uns sagen, ob sein Beitrag ein Kurzbeitrag sein wird.

(Zurufe)

- Nein, man kann nicht Dreiminutenbeiträge mit der Redezeit verbinden. Das habe ich auch schon einmal gemacht.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Es ist ein Dreiminutenbeitrag!)

- Sie leisten einen Kurzbeitrag. Danke.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Kollege Matthiessen, Sie haben sich gerade widersprochen. Sie haben sich einmal im Kreis gedreht. Auf der einen Seite erzählen Sie, dass Sie die **CCS-Technik** grundsätzlich für eine faszinierende Technologie halten, die eine Chance haben soll. Auf der anderen Seite warnen Sie davor, die Technologie einzusetzen, weil uns so **Erblasten** für die **kommende Generation** nicht erspart bleiben.

(Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja, da muss man ein bisschen denken, Herr Garg!)

(Dr. Heiner Garg)

- Entschuldigung, dass ich Ihnen intellektuell nicht folgen kann, Frau Birk. Entweder man findet die Technologie gut und will sie zum Einsatz bringen, dann muss man den Bau von Kraftwerken zulassen, bei denen diese Technologie zum Einsatz kommt. Wenn man diese Technologie aber schlecht findet, dann darf man sie nicht zum Einsatz bringen. Wie schon gesagt, bedauerlicherweise kann ich Ihnen auch hier nicht ganz folgen.

Das bringt mich zu einem zweiten Punkt. Hier gibt es einen ähnlichen Widerspruch. Ich stelle fest, dass die Führungsspitze der Sozialdemokraten wieder fast vollständig anwesend ist. Die beiden stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der SPD sind da, und die stellvertretende Ministerpräsidentin, die auch Abgeordnete ist, ist ebenfalls da. Ich möchte daran erinnern, worum mein Fraktionsvorsitzender, der Oppositionsführer, hier gebeten hat. Darum möchte ich auch bitten. Ich möchte von der Sozialdemokratie unter dem Stichwort der Redlichkeit wissen, wie die sozialdemokratische Landtagsfraktion hier zum **Bau eines Steinkohlekraftwerks in Brunsbüttel** steht. Wir müssen uns nichts vormachen, wir befinden uns im Kommunalwahlkampf. Ich möchte wissen, ob sie diesen Bau befürwortet und ausdrücklich unterstützt oder ob sie den Bau eines Steinkohlekraftwerks in Brunsbüttel ablehnt.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Für die SPD-Fraktion hat Herr Abgeordneter Jürgen Weber das Wort.

Jürgen Weber [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Garg, Sie haben vorhin gesagt, Sie hätten intellektuell Schwierigkeiten, dem Zwischenruf von Frau Birk zu folgen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das können Sie verstehen!)

- Das will ich gar nicht bewerten. Das steht mir nicht zu.

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Sie hatten offensichtlich intellektuell auch Schwierigkeiten, den Ausführungen der Mitglieder meiner Fraktion zu folgen, die relativ deutlich und klar gesagt haben, dass es eine differenzierte Diskussion gibt, die jedoch ein paar Eckpfeiler hat. Ein Eckpfeiler ist, dass wir uns im Wahlprogramm immer

eindeutig und unmissverständlich für einen **Kraftwerkstandort Brunsbüttel** ausgesprochen haben. Das steht auch im **Koalitionsvertrag**. Das ist völlig unzweideutig.

Vor Ort wird darüber diskutiert und entschieden, was für ein Kraftwerkstandort dort entwickelt werden soll. Dort gibt es jetzt den Weg, der in die Richtung eines Kohlekraftwerks zeigt. Es ist aufgrund der **Klimadiskussion** legitim, die Frage deutlich zu machen, ob man das aus landespolitischer und aus globaler Sicht für einen vernünftigen Schritt hält. Hier haben wir in der Tat Zweifel, die auch vorgetragen worden sind. Wenn man in einer solch schwierigen Diskussion, die weltweit geführt wird, Zweifel hat und es problematisch findet, diese Dinge einfach laufen zu lassen, dann muss man sich so verorten. Wir finden es notwendig, über solche Sachen ernsthaft zu diskutieren. Wir bleiben dabei.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein letzter Satz zu dem, was der Kollege Schröder auch schon gesagt hat. Wenn dort ein Kohlekraftwerk gebaut wird, weil man sich vor Ort dafür entscheidet, dann werden wir das natürlich nicht verhindern wollen. Wir werden das auch nicht verhindern. Das sind Entscheidungen, die nicht von uns getroffen werden. Wir dürfen aber deutlich sagen, dass unser Rat ist, ernsthaft über die Frage nachzudenken, ob man eine **Alternative** zu einem Kohlekraftwerk realisieren sollte.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich schaue in die Runde, und zwar mit der Bitte, zu bedenken, dass andere Kollegen sich auf andere Themen vorbereitet haben. Ich wage die Behauptung, dass weitere Wortmeldungen nicht vorliegen. - Ich schließe die Beratung.

Bitte helfen sie mir jetzt bei dieser komplizierten Abstimmung. Unter Punkt a) ist Ausschussüberweisung beantragt worden. Es ist beantragt worden, den Antrag Drucksache 16/2017 federführend an den Wirtschaftsausschuss und mitberatend an den Umwelt- und Agrarausschuss zu überweisen. Wenn Sie so beschließen wollen, dann bitte ich Sie um Ihr Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen?

Unter b) hat der Ausschuss Empfehlungen abgegeben. Er hat empfohlen, den Antrag Drucksache 16/1378 von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abzulehnen. Wer so beschließen will, den bit-

(Vizepräsidentin Ingrid Franzen)

te ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Der Antrag Drucksache 16/1378 ist mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP gegen die Stimmen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW abgelehnt worden.

Der Ausschuss empfiehlt weiter die Ablehnung der Nummern 1, 2 und 3 erster Spiegelstrich des Antrages mit der Drucksache 16/1396. Das ist ein Antrag des SSW. Wer so beschließen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? Der Antrag Drucksache 16/1396 ist mit den Stimmen von CDU und SPD gegen die Stimmen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW bei Enthaltung der FDP abgelehnt worden.

Nachdem unsere Besucher schon eine ganze Weile da sind und eine heiße Debatte erlebt haben, möchte ich auf unserer Besuchertribüne sehr herzlich den Seniorenrat der Stadt Nortorf begrüßen. - Seien Sie uns herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich habe eine Mitteilung zu machen. Die Fraktionen haben sich darauf verständigt, einen neuen Entwurf eines Kinderschutzgesetzes in dieser Tagung in erster Lesung ohne Aussprache zu behandeln. Ich frage Sie, ob Ihnen der Gesetzentwurf Drucksache 16/2036 vorliegt. - Noch nicht? - Dann wird er Ihnen gleich vorgelegt werden. Ich möchte vorschlagen, dass wir diesen Tagesordnungspunkt als Tagesordnungspunkt 41a in die Tagesordnung einreihen und heute als letzten Tagesordnungspunkt aufrufen. Ich hoffe, Sie sind damit einverstanden.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 33 auf:

Ausweitung der Ölförderung im Nationalpark Wattenmeer

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/1993

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Aussprache und erteile für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dem Vorsitzenden, Herrn Abgeordneten Karl-Martin Hentschel, das Wort.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die RWE Dea AG hat im Herbst 2007 einen Antrag gestellt, außerhalb von Mittelplate im **Nationalpark** sogenannte Explorationsbohrungen durchführen zu dürfen. Dieser Antrag wurde zu-

rückgezogen. Gleichzeitig wurde aber angekündigt, dass ein neuer Antrag gestellt werden soll. Außerdem hat die RWE Dea AG beim Bergamt Clausenthal-Zellerfeld einen Antrag auf eine ganz neue **Konzession** für Öl- und Gasbohrungen gestellt. So etwas nennt man im Volksmund Claim. Der Antrag wurde bereits ohne Umweltverträglichkeitsprüfung und ohne öffentliche Anhörung genehmigt. So etwas ist nach dem **Bergbaugesetz** immer noch möglich. Ob das angesichts der neuen EU-Gesetzgebung noch rechtskonform ist, ist fraglich und wird sicherlich geprüft werden.

Jetzt ist also ein großer Teil Nordfrieslands - darunter der Norden Eiderstedts sowie ein Großteil der Festlandküste, der Inseln und Halligen und große Teile des Nationalparks - ein Claim der RWE Dea AG. Wie es der Zufall will, hat die Dea für dieses Gebiet auch noch seismische Erprobungen beantragt, um das Gebiet auf mögliche Speicherstätten für CO₂ zu erkunden. Gleichzeitig wird die Ölplattform Mittelplate zurzeit ohne Genehmigung erheblich vergrößert. Es wurde die Genehmigung eines neuen Starkstromkabels zwischen Mittelplate und dem Festland beantragt. Gegen beide Vorhaben haben mehrere **Umweltverbände** Klagen angekündigt. Es ist also etwas los im Wattenmeer.

Das **Nationalparkgesetz** legt eindeutig und unmissverständlich fest, dass Ölbohrungen an Standorten **außerhalb der Mittelplate-Plattform**, die schon vor dem Gesetz existierte, nicht zulässig sind. Das ist schleswig-holsteinisches Gesetz. Allein schon deswegen ist es unverständlich, dass die Landesregierung angesichts des Vorgehens von RWE Dea nicht eindeutig Position bezieht. Was sollen denn die anderen Nutzer des Nationalparks wie die Fischer, die Bauern, die Schifffahrt oder der Tourismus sagen, wenn sie in ihren Nutzungen aus Gründen des Allgemeinwohls zum Teil erheblich eingeschränkt sind, aber die Ölindustrie mitten im Nationalpark Ölbohrungen beantragt?

(Beifall beim SSW)

Das **Berggesetz** sieht in § 11 vor, dass eine **Konzession** zu versagen ist, wenn überwiegende öffentliche Interessen dagegenstehen. Herr Minister, es ist doch offensichtlich, dass für die oben genannten Gebiete andere planerische Zielsetzungen als die Förderung von Öl bestehen. Damit meine ich nicht nur den Naturschutz. Es stehen auch zentrale wirtschaftliche Interessen auf dem Spiel. Eine **Ausweitung der Ölförderung** und mehr noch ein Ölunfall hätten gravierende langfristige Auswirkungen vor allen Dingen auf den Tourismus - und dieser ist die Lebensader der gesamten Region. Daneben wäre